NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND — alle 14 Tage brandaktuell

TATblatt

MINUS 16 NUMMER (2/93) 3. FEBER 1993 PREIS: öS 15,—

In dieser Nummer möchten wir einen (sicherlich unvollständigen) Überblick über die antirassistischen Aktionen der letzten beiden Wochen geben. Bei Druck dieses TATblatts stand das Ergebnis des Rassisten-Volksbegehrens noch nicht fest. Doch wie immer es auch ausgegangen ist, die Abschiebungen in Folterländer gehen wie bisher weiter (einige Fälle dokumentieren wir in dieser Nummer). Genauso wie die österreichische Regierung und Industrie menschenverachtende und umweltzerstörende Projekte weiter durchführen wird.

Anschläge Sabotage Lichtermeer

Institutioneller Rassismus: jugoslawische Deserteure werden abgeschoben! Seite 9

Kraftwerke in der sog. "3. Welt": österreichische Firmen aktiver denn je Seite 17

"Heiland" im Häfen Totalverweigerer Helmut Hejtmanek seit 16. Jänner in Haft Seite 10

Hinterland!

"Die größte rassistische Offensive der Zweiten Republik" ist im Laufen, ihr Ausgang zum momentanen Zeitpunkt noch unentschieden. Vorläufigen Berichten nach soll der ganz große "Erfolg" für Haider und seine Komparsen jedoch ausbleiben (warten's wir ab).
Bunt und ideenreich ist aber auf alle Fälle der Widerstand gegen rassistische (Regierungs-) Politik und das FP-Begehren im Besonderen. Eine Rundschau.

(TATblatt-Wien)

Volxsport für alle

Die 1500 von der FPÖ allein in Wien angemieteten Großplakatflächen der Fa. GEWISTA waren noch nicht alle mit "Österreich zuerst" versehen, da waren die ersten dieser Plakate schon abgenommen, beschädigt, besprüht oder beschmiert. In den Innenbezirken findet sich trotz wiederholter Anbringung kaum ein Plakat, das nicht Spuren von Unwillen gegen das Volksbegehren zeigt. Neben offensichtlich geplanten Überkleb-Aktionen ("Paranoia zuerst", "G'stopfte zuerst", ...)dürfte diese chauvinistische Werbekampagne viele nicht in Gruppen oder politischen Zusammenhängen organisierte Menschen dazu veranlaßt haben, die Grenze zum Handeln (wieder) zu überschreiten.

Wegen fehlendem Hammel nur Kebabessen am Stefansplatz

Zum Anderen löste das bevorstehende Volksbegehren eine Flut von Antworten aus. Oft nur bezirksweise verklebt, Herkunft unbekannt, machten unterschiedlichste Plakate gegen Volksbegehren und Asylpolitik mobil. Legten die MacherInnen der Wandzeitung "Querformat" Wert auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem "Ausländerproblem", rechneten andere Arbeitslose gegen FP-WählerInnen auf, eine Anzahl von Lokalen im "Bermuda-Dreieck" beschränkte sich auf die Formel: "Es gibt ein Volksbegehren — wir gehen nicht hin." Freilich läßt sich über manche dieser Äußerungen und ihre Herkunft diskutieren, ermutigend ist aber die Vielfalt und die Eigeninitiative der Menschen, die dahinterstehen.

Katholikenflut

In Form von Plakaten und Sprayereien machte die neue Kreativität aber noch nicht Halt, was angesichts der Thematik und des Terminproblems nur umso erfreuter bemerkt werden kann.

Am 19. Jänner war am Stephansplatz zum Hammelbraten geladen ("Wir brauchen hier keine Menschen, die in Hinterhöfen Hammeln braten", war der Auslöser dazu.), tags darauf wurde der meistfrequentierte Eingang zur Wiener Uni mit Grenzbalken und Stacheldraht bewehrt. "Bist du fremd, so brauchen wir Gewalt" war das Motto, eine "Ausweisungsbehörde", und die geballte Staatsgewalt (dieses mal nicht echt) die Ausführenden. StudentInnen wurden zur Ausweis-Vorlage gebeten, Menschen mit "nicht-deutschen Namen" in "Schubhaft" genommen.

Am Donnerstag, den 21. Jänner, erhielt Haiders Hetze eine neue, unerwartete Komponente: "Die Arche ist voll — Stoppt die Katholikenflut." 30 bis 40 orange Zipfelmützen besuchten die großen Wr. Einkaufsstraßen, um auf das dringlichste aller Probleme aufmerksam zu machen. Sei es der Grund für die Misere der österreichischen Wirtschaft im Vergleich zur japanischen — die Katholischen Feiertage nämlich, Weihrauch als jugendgefährdende Droge, der Anteil von KatholikInnen an der Zahl der Wiener StraftäterInnen — 78,44 Prozent genau, bis zur Forderung nach Einführungskursen für katholische Kinder vor den Regelschulklassen, nichts blieb ausgespart. Aufmerksame BeobachterInnen wollen Zusammenhänge zwischen den vorgetragenen zwölf Fürbitten und den zwölf Punkten des FP-Begehrens erkannt haben. Fazit: Der Vatikan ist Heimat ohne Folter und Verfolgung, Österreich darf kein Katholikenland werden!

Bunt war dann sogar die "bundesweite" Demonstration am Samstag vor der Eintragungswoche. Nach anfänglichen Koordinierungs-Hickhack mit der SOS-Plattform nahmen schlußendlich an die 10.000 Menschen daran teil. McDonald's und ein Sex-Shop wurden mit Farbe bedacht. Nach der Abschlußkundgebung löste sich alles in den 200.000 des "Lichtermeeres" auf (siehe dazu eigene Beiträge).

täglich alles

Sonntags darauf nahmen auf den ausgehängten Verkaufsständen der drei aufla-

Die TeilnehmerInnen der Anti-KatholikInnen-Demo...

Bunte Demo zum Lichtermeer (bei uns leider nur Schwarzweiß)

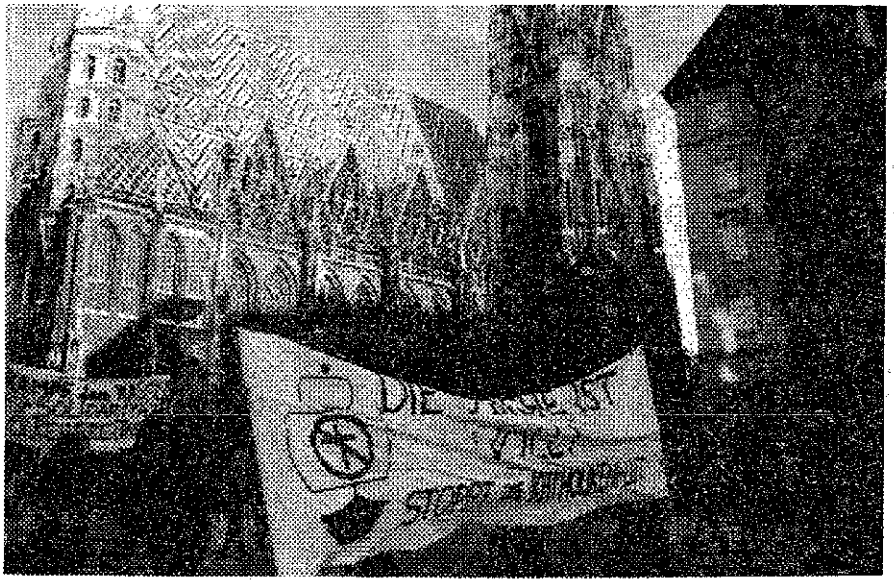
genstärksten Zeitungen beigelegten Extraseiten namhafte Redakteure gegen das Volksbegehren Stellung. In welchem Ausmaß diese Aktion erfolgte ist uns zwar nicht bekannt, der Kurier sah sich aber zumindest veranlaßt, eine Entgegnung nachzuschicken.

Abgesagt

Von den offiziellen Hausaushängen zur Eintragungswoche war wenigen eine langa Lebensdauer gegönnt. Auch dabei erfreut das Engagament vieler Einzelner. Haiders Gejammere über Behinderungen und Schikanen ist ja auch unüberhörbar. Aja, in Innsbruck wurden die Schlösser von Eintragungslokalen verklebt (siehe Erklärung), in Vorarlberg wurde das Volksbegehren per Schreiben des Innenministeriums abgesgt, in Wien tauchten verschiedene dieser "amtlichen" Absagen als neue Hausaushänge auf. Das Familienzentrum "Bassena" lehnte es ab, ihre Räumlichkeiten für die Eintragungswoche zur Verfügung zu stellen.

Trauer und Scheiße

"Eine Delegation von max. 10 Personen" durfte sich "max. 5 Minuten vor der FP-Parteizentrale" in der Kärntnerstraße "aufhalten" (Polizei), um in Form eines Sarges die Toleranz zu Grabe zu tragen — in angemessener Kleidung natürlich. (Der altbekannte Rechtsextremist Gilbert Link konnte dabei beim Verteilen von FP-Broschüren beobachtet werden.)



...konnten oft nur mit Mühe davon abgehalten werden, selbst unbeteiligte PassantInnen zu lynchen.

Die Demonstration zur Kundgebung Haiders in der Wiener Stadthalle wurde dann schon verboten, an die 50 Personen konnten aber vor dem Eingang noch soviel Verwirrung stiften, daß die übereifrige Exekutive bald auch "g'standenen" FPlerInnen den Eintritt verwehrte. Zeitungsberichten zufolge wurde zwischen den Reihen ein Sack Scheiße hinterlegt — größeren Schaden konnte dieser allein allerdings nicht anrichten.

Soweit ein erster Überblick über Aktionen und Reaktionen in Wien. Berichte und Erfahrungen aus den Bundesländern und mehr werden erfreut angenommen.

P.S.: Eine Videodokumentation über die Ereignisse in Wien ist in Arbeit.

Was sonst noch geschah...

Weitere Aktionen gegen Rassismus, gegen das "Volksbegehren", und überhaupt, im einzelnen

Abteilung Eines-Tages-kam-mit-der-Post

Da wir verbotene Handlungen aus dem tiefsten Innersten heraus ablehnen haben wir die nachfolgenden BekennerInnenbriefe selbstverständlich sofort verbrannt. Wie sie dennoch den Weg in diese Zeitung fanden, ist uns ganz und gar unerklärlich, weshalb wir uns mit dem Ausdruck höchsten Bedauerns davon distanzieren und euch zurufen: "Tuats des ned!"...

Nachdem wir...

...Haiders Motorölplakate zerstört, verunziert und überklebt haben...

...seine Veranstaltungen besucht, verstunken, behindert und belagert haben...

...FPÖ-Lokale besucht, zu antirassistischen Werbezwecken umgewidmet und entglast haben...

...die Ankündigungszettel in Hauseingängen heruntergerissen haben...

...und stattdessen gefälschte angebracht haben...

...haben wir in der Nacht vom 30.Jänner auf den 31.Jänner 1993 in den Wiener Bezirken

Innenstadt (Wien 1)
Leopoldstadt (Wien 2)
Wieden (Wien 4)
Margareten (Wien 5)
Mariahilf (Wien 6)
Neubau (Wien 7)
Josefstadt (Wien 8)
Alsergrund (Wien 9)
Favoriten (Wien 10)
Meidling (Wien 12)
Rudolfsheim/Fünfhaus (Wien 15)
und Floridsdorf (Wien21)

die Türen von insgesamt 28 Eintragungslokalen mit Superkleber sabotiert! Das sind etwa 35% aller Wiener Eintragungslokale.

Wir hoffen, daß wir mit unserer Aktion — die nicht zufällig am 60 Jahrestag der Machtübernahme Hitlers in Deutschland stattgefunden hat — das rassistische Volksbegehren der FPÖ merkbar behindert haben!

Mit unserer Aktion haben wir uns nicht an die "demokratischen Spielregeln" gehalten, die Haiders rassistische und faschistische Hetze möglich machen und uns den Mund verbieten. Dafür haben wir klar Stellung bezogen: Wer Haß gegen Menschen schürt, muß damit rechnen, eine aufs Dach zu bekommen.

Das Volksbegehren ist vorbei, aber die Hetze der FPÖ, die rassistische Politik der Koalition, die rassistischen Gesetze und vor allem die rassistische Festung in den Köpfen der Menschen bleiben. Die FPÖ und die FaschistInnen müssen — mit allen notwendigen Mitteln — bekämpft, die Koalition in die Ecke getrieben und die Gesetze abgeschafft werden. Die Festung in den Köpfen aber muß mit Geduld, Überzeugung und Verständnis für die Probleme der Menschen überwunden werden.

Sollte das Volksbegehren wirklich wiederholt werden, dann haben wir Erfahrungen und eine Menge von Ideen, die wir diesesmal noch nicht umsetzen konnten.

Fight the power!
Kommando: Wir waren eben früher da!

Besonderen Dank an die BILLA Warenhandels Ges.m.b.H., ohne deren materielle Unterstützung unsere Aktion nicht möglich gewesen wäre.

"Ausschreitungen" bei FP-Veranstaltung am Viktor Adlermarkt in Wien: 2:1 für AntirassistInnen

(Vom Hörensagen/Antifa)

Am Freitag, 15.1.93, wurden AntirassistInnen, die versuchten einen Infotisch der FPÖ am Viktor Adlermarkt zu stören massiv von FP-SchlägerInnen teilweise mit Knüppeln angegriffen und einige leicht verletzt.

Eine Woche später, am Freitag, dem 22.1.93, stellten die FPlerInnen erneut ihren Infotisch am Adlermarkt auf und verteilten Flugblätter mit der Headline:"Ich bin stolz darauf, Österreicher zu sein". (Rückt die FPÖ von ihrem Deutschnationalen Kurs ab??).

Doch diesesmal wurde der Infotisch, mittels "Wurfeiern" (foh) von AntirassistInnen gestört. Dabei ist jener Treffer besonders erwähnenswert, der auf dem Infotisch selbst landete und wohl einiges an FP-Propaganda unbrauchbar gemacht haben dürfte. Die antirassistischen WerferInnen konnten nach den Treffern wieder so schnell verschwinden wie sie gekommen waren. Die FP-Propaganda ging danach mit Polizeischutz weiter.

Folgendes Schreiben haben wir am 26.1.1993 (vermutlich aus Innsbruck) erhalten:

Wir haben in der Nacht vom 24. auf den 25.Jänner 1993 Eintragungsstellen, wo mann/frau seine/ihre Unterschrift zum rassistischen Volksbegehren ableisten kann, dicht gemacht!

Dieses von der FPÖ initiierte Volksbegehren ist ein Teil des diskriminierenden, faschistoiden Umgangs dieses Staates mit Minderheiten, insbesondere mit Ausländer/innen. Heute zeigt sich von neuem: Die herrschende kapitalistische Politik ermöglicht und schürt diesen Rassismus.

Rassistische Gedanken in vielen Köpfen ist ein Teil — der rassistische Staat der andere!

DIE REAL-DEMOKRATIE
IST EINE ARSCHPARTIE
NIEDER MIT DEN PARTEI- UND WIRTSCHAFTSRASSISTEN!
NIEDER MIT DER FASCHISTEN-BRUT!

AFK 93 (Antifaschistisches Komitee 93)

Anmerkung des TATblatts:
Wir haben keine Ahnung, ob der Brief wirklich aus Innsbruck ist. Es wäre daher sehr nett, wenn Menschen und Gruppen, die sich zu ihren Taten bekennen wollen, dies auch wirklich täten: WANN ist WO WAS passiert?
Mit der Bitte um Kenntnisnahme...

Offensive Antifas gegen Faschos in Salzburg

(Applaus, Applaus!)

Am 17.Jänner 1993 fand in Salzburg eine Lichterkette gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus statt. In der Menge fanden sich aber neben tausender friedlicher BürgerInnen auch ein paar recht unangenehme Zeitgenossen, unter anderem auch mit Videokameras und Fotoapparaten. Um den friedlichen Ablauf des Ereignisses nicht zu stören, beschränkten sich autonome AntifaschistInnen darauf, die Faschos zu beobachten. Während des Abends gab es keine ernsteren Zwischenfälle.

(anonyme Antifas aus Kuglcastle)

Nach ihrem Auftritt bei der Lichterkette war es zu erwarten, daß die Faschos auch an der von verschiedenen "fortschrittlichen" und linken Gruppen veranstalteten Fackelzug am 22.Jänner "teilnehmen" würden. Deshalb war es für autonome AntifaschistInnen klar, vermummt zur Demonstration zu gehen, was wir dann auch gemacht haben. Prompt fanden wir am Ausgangspunkt der Demonstration ein Grüppchen Faschos, wieder mit Kamera und Fotoapparat. Nach einem ersten kurzen Parolentausch reihten wir uns in die Demonstration ein, die bald darauf losmarschierte.

Die Stimmung war recht gut. Viele Leute gingen in Ketten und die meisten "normalen" DemoteilnehmerInnen akzeptierten unsere Vermummung. Entlang der Demonstrationsrioute kam es dann auch zweimal zu Provokationen der Faschos, die wir mit Sprechchören und Leuchtraketen (im Volxmund Pyros) beantworteten. Als die dann auch am Rande der Abschlußkundgebung auftauchten, war es klar, daß es langsam reichte. Etwa 40 oder 50 Leute machten sich auf den Weg Richtung Faschos. Nach einem weiteren Schreiduell hats dann gekracht. Ergebnis: ein Fascho im Krankenhaus, zwei oder drei vor Ort von der Rettung verarztet, der Rest mehr oder weniger angeschlagen...

Im Grunde ja ganz schön; dummerweise sind drei Leute der Kiberei in die Hände gelaufen. Die drei wurden von den Polizisten übel zusammengeschlagen und wegen Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt (mit Handschellen am Boden liegend!) angezeigt. Sie wurden gegen 23 Uhr wieder freigelassen.

Anmerkung des TATblatts: Vielen lieben Dank den KuglcastlerInnen für ihren Bericht. Genauso haben wir uns das auch vorgestellt, als wir Euch um Berichte über Aktionen etc gebeten haben. Zur Belohnung (und weil es so schön die Desinformationspolitik des Boulvards belegt) haben wir die von den SalzburgerInnen mitgesandten Zeitungsartikel gleich dazugelegt.

Randalierer bei Lichterkette: Polizei stand im Großeinsatz

Höchste Alarmbereitschaft herrschte Freitag abend bei der Salzburger Polizei, nachdem es während der Lichterkette gegen Ausländerhaß und Rassismus in der Innenstadt zu Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsgerichteten Gruppen gekommen war. Eine Person wurde verletzt. Randalierer [illegible] mit der Befreiung zweier Festgenommener aus dem Polizeigewahrsam

Die Lichterkette in der Salzburger Innenstadt verlief Freitag abend nur kurze Zeit friedlich. Im Bereich Mozartplatz und Alter Markt kam es laut Zeugenaussagen zu einer Schlägerei zwischen Punkern, Skinheads und linksgerichteten Gruppen. Eine Person wurde durch einen Schlag mit einer Flasche verletzt und mußte ins Spital gebracht werden.

VON MANFRED HEININGER

Als daraufhin zwei Personen festgenommen und in die Rauhauswachstube gebracht wurden, forderte ein Demonstrationsteilnehmer über Megaphon auf, die beiden zu befreien. Ein großes Polizeiaufgebot rückte nun das Wachzimmer ab und in der Folge auch die Polizeidirektion. Denn kurz nach 20 Uhr tauchten auch dort rund 30 Demonstranten auf. Zu Redaktionsschluß herrschte gespannte Ruhe.

Gegend

20.00[illegible]

Mehr als 20.000 Menschen bildeten Freitag abend in 20 Salzburger Orten und in der Mozartstadt Lichterketten und demonstrierten damit nachhaltig gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und rechtsradikale Tendenzen.

In der Stadt Salzburg kam es bei einer Gegendemonstration von Skinheads zu Ausschreitungen (siehe auch Seite 3).

Der Fackelzug vom Schloß Mirabell, dem Sitz der Salzburger Stadtregierung, zum Mozartplatz im Stadtzentrum verlief vorerst friedlich: 5000 Frauen, Männer und Kinder, unter ihnen Erzbischof Georg Eder, Zukunftsforscher Robert Jungk und andere Prominente, zogen quer durch die Stadt. Am Alten Markt tauchten plötzlich rund 30 vermummte Skinheads auf, schwangen die schwarzen Fahnen der Anarchie und brüllten rechtsradikale und ausländerfeindliche Parolen. Dann schlugen die Randalierer zu. Der Schüler Bernd [illegible], mußte mit einer Rip-

Drei Festnahmen bei Fackelzug

SALZBURG-STADT (SN). Beim Fackelzug gegen Ausländerfeindlichkeit und für gleiche politische und soziale Rechte kam es Freitag abend in der Salzburger Innenstadt zu einem Zwischenfall. Drei junge Männer [illegible] gegen 19.30 Uhr am Alten Markt Widerstand gegen Sicherheitswachebeamte. Die drei Männer, die angeblich aus dem „Pinzgauer"-stammen, wurden vorläufig festgenommen und angezeigt. Ausmaß und Ursache der Tätlichkeiten gegen die Beamten [illegible] Fackelzuges, an dem rund 5000 Menschen gekommen waren, war Freitag abend noch nicht bekannt.

FACKELZUG. Nach den Auseinandersetzungen zwischen Kundgebungsteilnehmern und rechtsextremen Jugendlichen beim Fackelzug am Freitag richtete die Hochschülerschaft schwere Vorwürfe gegen die Salzburger Polizei. Die Ordnungsorganen hätten die Exekutive frühzeitig auf die Anwesenheit der Rechtsradikalen hingewiesen. Die Warnungen seien jedoch in den Wind geschlagen worden. Wie berichtet, wurden drei jugendliche festgenommen. Eine Person zog sich bei dem Handgemenge Verletzungen zu. An dem Fackelzug nahmen 5000 Menschen teil.

Schreibt uns...

...alles, was ihr an Aktionen gegen das Rassismus-Begehren mitbekommt, was ihr selbst schönes gemacht habt (selbstverständlich unter Einhaltung aller Sicherheitsmaßnahmen gegen polizeiliche PostschnüfflerInnen).

Wir wollen einerseits alles aktuell veröffentlichen und andereseits gesammelt in einer Dokumentation verarbeiten.

Unsere Adresse kennt ihr ja: TATblatt, 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11.

Aktion Eingreifen

Diese Sticker sind ab sofort zum Preis von 10,— pro Stück beim TATblatt erhältlich.

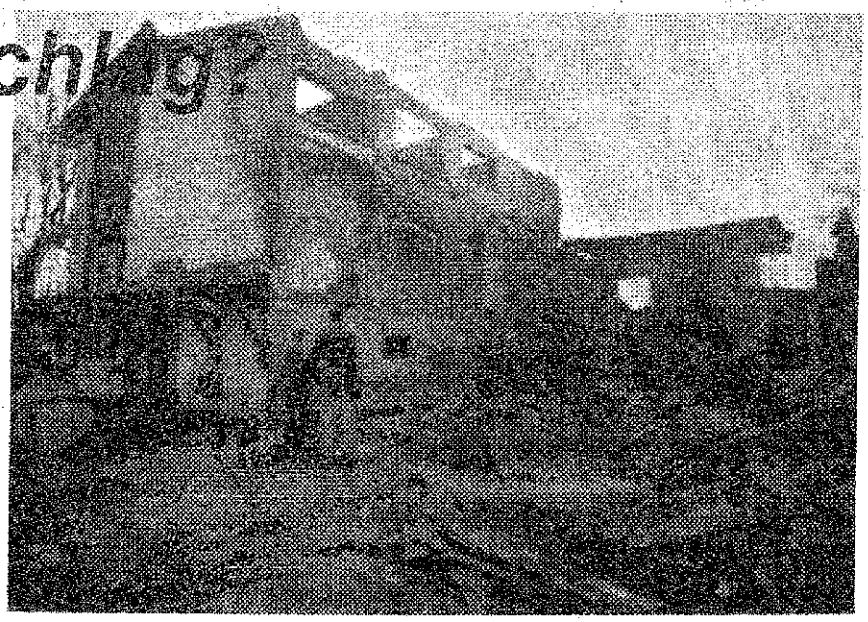
Welche/r kennt nicht die Situation: Rassisten greifen Leute an, und keine und keiner traut sich einzugreifen, aus Angst davor, alleine einigen paar Gewalttätern und einigen vielen unbeteiligten Wegschauerinnen gegenüberzustehen.

Dieser Sticker — die Idee dazu haben wir uns aus der BRD abgeschaut — kann vielleicht dazu beitragen, daß sich Leute, die einschreiten wollen, als solche erkennen, sehen, daß sie nicht alleine sind, und ihre Ängste überwinden können....

Gib wenigstens du dich zu erkennenals eine oder einer, auf deren oder dessen Unterstützung andere zählen können, wenn's darauf ankommt.

Wenn du Mut zeigst,machst du auch anderen Mut!

Vorarlberg: Brandanschlag?



Vermutlich durch Brandstiftung wurden ein türkisches Lokal und der daran anschließende Wohntrakt am 26. Jänner in Schutt und Asche gelegt. Die vier Türkinnen, die im Haus wohnten konnten sich durch Sprünge aus dem Obergeschoß und durch Abseilen an aneinandergeknoteten Leintüchern retten.

Um 4.30 morgen war der Lenker eines auf der Autobahn vorbeifahrenden Rettungsautos auf den Feuerschein aufmerksam geworden. Als die Feuerwehr eintraf, stand das Gebäude bereits voll in Flammen und kurz vor dem Einsturz. Das Lokal und der Wohntrakt brannten völlig nieder, die daran anschließende Diskothek erlitt Wasser- und Rauchschäden.

Die Feuerwehr vermutete Brandstiftung, da zwei mit Flüssigkeiten gefüllte Behälter gefunden worden waren, die mit Elektrokabel versehen waren. Die Polizei wollte diese Vermutung vorerst nicht bestätigen.

In den vergangenen Jahren war es in Vorarlberg bereits wiederholt zu Brandanschlägen auf Wohnhäuser und Lokale von Nicht-ÖsterreicherInnen gekommen.

Günter Nenning

und die extreme Rechte

(einige Antifas)

Am Dienstag, 19.1.93, trat DDr. Günther Nenning bei der rechtsextremen, schlagenden Burschenschaft Olympia in Wien 6 als Referent über das Thema "Die Schweiz - Wegweiser ins neue Europa" auf. Selbstdarstellung der Olympia: "Wir lehnen alle Ideologien ab, deren Ziel ein gleichgeschaltetes, uniformes, Weltbürgertum ist. ... In unserer Heimat Österreich erkennen wir einen Teil der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft. Es ist eines unserer wichtigsten Anliegen, der kleinkarierten Vostellung einer "Österreichischen Nation" entgegenzutreten. ... Opportunismus und Gesinnungswechsel bei jeder Änderung der politischen Landschaft - all das hat keinen Platz bei uns." Die rechtsextreme Burschenschaft Olympia wurde von dem im September 92 verstorbenen späteren NDP (Nationaldemokratische Partei, 1988 wegen NS-Wiederbetätigung verboten) - "Führer" Norbert Burger gegründet und wurde 1961 wegen NS-Wiederbetätigung aufgelöst. Doch 1974 wurde sie als "Akademische Tafelrunde Olympia" wiedergegründet. Auch der Wiener FP-"Chef" und "Hauptvolksbegehrensaktivist" Rainer Pawkowicz war Mitglied der Olympia und nahm zusammen mit Burger an rechtsextremen Julfeiern teil.

Zurück zu Nenning, dieser ist schon seit längerer Zeit als Interviewpartner und Autor für deutsche rechtsextreme Zeitungen tätig. So schrieb er in der rechtsextremen Zeitung MUT 282 (Feber 1991) einen Artikel mit dem Titel "Wunderbare Vielfalt der Völker". MUT wurde 1964 als rechtsradikale Jugenzeitschrift gegründet und von Berhard Wintzek (1972 Bundeskandidat der deutschen rechtsextremen NPD-Nationaldemokratische Partei Deutschlands) herausgegeben. MUT fungierte lange als offen neofaschistische Zeitschrift, die 1979 wegen Rassenhetze für jugendgefährdend erklärt wurde. Seit 1982 etablierte sich das Blatt immer mehr zu einem Organ, das seine rechtsradikalen Ideen unter Konservativen propagiert. Lange Zeit wurde die Österreichische MUT-Redaktion von Konrad Windisch, führender Kopf der rechtsextremen AFP (Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik) betreut.

Und schließlich trat Nenning am Donnerstag 21.1.93 zusammen mit Jörg Haider, Bischof Krenn und "Umvolker" Andreas Mölzer in Graz bei einer Veranstaltung des FBW (Freiheitliches Bildungswerk) mit dem Thema "Multikulturelle Gesellschaft oder Ethnopluralismus; Österreich ein Einwanderungsland oder Recht auf Heimat?" auf. Bei dieser Veranstaltung verkündete Nenning, daß er "viel nationaler sei als Haider" und forderte vehement nach "Recht auf Heimat", diese Forderung wurde vom "freiheitlichen" Publikum dankbar aufgenommen.

Uns, einigen Antifas, würde sehr interessieren was UnterzeichnerInnen des Aufrufs zum "Ungehorsam gegen Militärgestze" denken, mit Günther Nenning auf der selben Liste zu stehen.

Wiedergutmachung für schwule Naziopfer

(Lamda-Nachrichten)

Österreichische KZ-Wächter können ihre Dienstzeit bei der SS als Ersatzzeiten für die Pensionsrechnung geltend machen, ihren Opfern aber mit dem rosa Winkel, den homosexuellen KZ-Häftlingen, war das bislang verwehrt. Daß dürfte jetzt, vor allem dank der HOSI Wien und der Volksanwaltschaft, anderes werden. Einem betroffenen Mindestrentner wurden nun, spät aber doch, seine 6 Jahre KZ-Haft für die Berechnung seines Pensionsanspruchs angerechnet - auch wenn sich die Pensionsversicherungsanstalt lange dagegen gesträubt hatte. Der Wehrmutstropfen bei der Sache: Die erste Pensionsanhebung reichte gerade dazu aus, daß nun diverse Sozialleistungen für MindestrentnerInnen bei diesem Betroffenen wegfallen, und so bleibt ihm unterm Strich etwa genausowenig wie früher.

Da vom Sozialministerium in letzter Zeit signalisiert worden war, auch in der Frage der sogenannten Wiedergutmachung einlenken zu wollen, versucht jetzt die HOSI, den Betroffenen dazu zu bewegen, nochmals darauf einen Antrag zu stellen. Die Organisation bittet auch alle noch lebenden schwulen Häftlinge sich zu melden, da die Chance auf "Wiedergutmachung" nie so groß gewesen wäre wie jetzt. Bislang waren ja diesbezügliche Anträge immer mit der Begründung abgewiesen worden, daß Verfolgung wegen Homosexualität nicht unter das Opferfürsorgegesetz fällt.

Eine Abgewinnung positiver Seiten

Feuerchen und Flämmchen

(Einer vom TATblatt-Wien)

Ein "Ereignis der wunderbaren Art" war es also, mit mehr als 200.000 Menschen, die den Aufrufen von PolitikerInnen gefolgt sein sollen, welche das rassistische FPÖ-Volksbegehren mit der Begründung ablehnen, daß die von ihnen gemachten Gesetze ohnehin schon die meisten der darin gestellten Forderungen erfüllen. Die "Mehr-als-200.000" trugen mit ihren Kerzen ihre "Mitmenschlichkeit" zur Schau, gemeinsam mit dem für die Menschenjagd an den Grenzen, für all die Abschiebungen, für die Fremdengesetze verantwortlichen Innenminister und mit den ParlamentspräsidentInnen aus SPÖ, ÖVP und FPÖ (!), die die Fenster ihrer Amtsräume mit brennenden Kerzen schmückten. Sie bildeten eine eindrucksvolle Kundgebung, die sich peinlich genau davor hütete, *gegen* irgendetwas zu sein, der es gelang, alle Inhalte zu verwaschen, die dazu verwendet wurde, aus Antirassismus eine Anti-Haider-Mode zu schneidern.

Von Anfang an versuchten die verschiedensten Gruppen, die SOS-Plattform zu vereinnahmen, allen voran die SPÖ, die ihre Aufrufe für das Lichtermeer gleich neben ihre "Gesetze statt Ausländerhetze" plakatieren ließ. Und SOS spielte brav mit. Eine mißbrauchte Plattform von rassistischen PolitikerInnen, sexistischen Musikern, selbstdarstellungssüchtigen Poeten, publicityträchtigem Aufputz, und einigen, die es eigentlich gut gemeint haben.

Aber die über 200.000 Menschen? Wo kamen die her? Und warum?

Waren auch das alles nur verkappte RassistInnen, die sich mitmenschlich gaben, um bloß Haider eins auszuwischen, die alle AusländerInnen an den Grenzen abhalten wollen und die, die schon ins Land geraten sind und sich nicht zu einem Hungerlohn zu Tode schuften wollen, sofort abschieben möchten, um der ungemütlichen Fremdenfeindlichkeit endlich die Basis zu entziehen?

Ich meine, und alles was ich in der Folge schreibe, sind Einschätzungen oder unrepräsentative Beobachtungen, ohne jeden Anspruch auf zahlenmäßige Untermauerbarkeit — ich bin weder Meinungsforscher noch Wissenschaftler oder sonst irgendsowas —, ich meine, daß sich die meisten, die zum Lichtermeer gekommen sind, den Kopf nicht allzusehr zerbrochen haben, über Löschnak, über die rassistischen Gesetze zur Ausländerhetze. Ich glaube, und glauben heißt nichts wissen, daß sie von den rassistischen Massenbewegungen in Deutschland und von Haiders rassistischem Volksbegehren hier aufgeschreckt worden sind, und ich glaube, daß diese Leute vor allem den rassistischen Alltag, im Gegensatz zu vielen anderen Leuten, die nicht gekommen sind, endlich einmal bewußt wahrgenommen haben, und ihn "irgendwie", gefühlsmäßig, ablehnen, ohne jedoch eine politische Analyse dafür parat zu haben.

Diese Leute mögen nun gekommen sein, ohne sich allzuviel gedacht zu haben. Sie mögen, teilweise, vielleicht, weil sie es oft genug so gehört haben, weil sie von allen Medien, oft als "mitmenschlich" getarnt, ständig damit bombadiert worden sind, meinen, daß es Gesetze bedarf, die die "Ausländer" irgendwie regeln sollen. Irgendwie, denn viel mehr wissen sie zum Teil nicht über diese Gesetze. Sie kennen ein paar Auszüge, ein paar Aspekte, vielleicht auch noch ein paar kritische Stellungnahmen, aber mehr auch nicht. Sie vertrauen auf ihre Herren, weil sie es immer so getan haben, weil sie es so gelernt haben. Sie matschkern vielleicht, schimpfen und raunzen gelegentlich, aber in Wirklichkeit sind sie guterzogene UntertanInnen, gelernte ÖsterreicherInnen.

Trotzdem sind es keine beinharten RassistInnen. Denn gegen die Zustände, wie sie schon jetzt gegen Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft herrschen, dagegen haben sie offenbar "irgendetwas", dagegen wollten sie beim Lichtermeer eintreten, mit einer Kerze in der Hand, dem einzigen Mittel, der einzigen Waffe, die ihnen eingefallen ist. Weil sie nur *davon* was gehört haben. Weil sie von anderen Widerstandsformen nichts wissen.

Vielleicht wäre es schöner gewesen, wenn sie, größtteils vermummt, — den Stein in der Hand, die Faust geballt, gegen Rassismus mit aller Gewalt — zum Westbahnhof, zur Demo der Plattform gegen Fremdenhaß gekommen wären, nachdem sie vorher noch rasch das Innenministerium plattgemacht hätten (wenngleich mich das persönlich vermutlich auch beunruhigt hät-

te). Aber es ist doch irgendwie keine Neuigkeit, daß *wir* — und zwar aus vielen Gründen — die meisten Menschen nicht erreichen können, daß diese um unsere Demos lieber einen großen Bogen machen. Die Gründe dafür sind den meisten doch auch klar: beispielsweise werden die bürgerlichen Zeitungen, die Medien der Herrschenden, doch niemals einem Widerstand, der sich gegen die Grundfeste ihrer eigenen Ordnung richtet, gutgesinnt und in, mit der SOS-Propaganda vergleichbarem Ausmaß, Raum bieten. Das käme doch einem politischen Selbstmord ihrerseits gleich. Wir wissen, daß es so ist, und es führt auch kein Weg daran vorbei. Die bürgerlichen Medien können niemals ein Instrument für uns sein. In der Folge bedeutet dies, daß uns der einzige Zugang zu dem Großteil der Menschen, die sich halt, auch wenn sie es selbst nicht bemerken, auch wenn sie es vielleicht bestreiten, nur an ihren Zeitungen und am Fernsehen orientieren, versperrt bleibt. Wir wissen das und versuchen deshalb laufend, Wege zu finden, diese aussichtslos scheinende Gesetzmäßigkeit zu durchbrechen: durch Wandzeitungen, durch Spaßguerillamethoden, durch Radiosendestörungen, usw. Gelungen ist es uns aber, wenn überhaupt, immer nur in sehr kleinem Ausmaß.

SOS hat es hingegen geschafft — mit Hilfe der Medien. Die Menschen konnten erreicht werden — weil sie als Menschenmaterial für taktische Feldzüge der Regierungsparteien gegen Haider mißbraucht werden sollten, weil der Staat StatistInnen benötigt hat, die sein beflecktes Image reinzuwaschen bereit waren. Die unzufriedenen Menschen, die gewillt waren, sich zu engagieren, wenn ihnen nur auf ihren Kanälen ein Weg dazu gezeigt wurde, konnten erstmals dazu gebracht werden, aktiv zu werden, selbst etwas zu tun, über ihren Schatten zu springen, erstmals — um den Preis, daß sie dabei verkauft und ausgenutzt wurden.

Mit einer Kerze in der Hand auf die Straße zu gehen, sich offen, öffentlich, gegen Fremdenfeindlichkeit auszusprechen — für die meisten der Menschen, die das getan haben, war das ein gewaltiger Schritt.

Wir müssen zwischen der SOS-Plattform mit ihrer beschissenen Taktik und den Menschen, die guten Willens zum Lichtermeer gekommen sind, unterscheiden, differenzieren.

Sicherlich waren auch tatsächliche RassistInnen dabei, Leute, die ganz bewußt für die Löschnak-Linie auf die Straße gegangen sind. Vielleicht waren die gutwilligen auch eine kleine Minderheit. Aber auf genau diese kommt es mir an. Sie gilt es nun zu erreichen, jetzt, wo sie vielleicht zum ersten und einzigen Mal in ihrem Leben für Argumente offen sind, die nicht von oben kommen. Jetzt wo sie die Bereitschaft, selbst zu denken und zu handeln, an den Tag gelegt haben, müssen sie auch dazu gebracht werden, tatsächlich selbst zu denken und selbst zu handeln. Auch auf die Gefahr hin, daß sie uns und unsere Aktionen trotzdem schlecht finden.

Es kann doch keine und keiner ernsthaft glauben, daß ein Mensch, der in einer zutiefst rassistischen Umgebung, sagen wir mal in Wien, aufwächst und sozialisiert wird, nach dem Lesen einer unserer Flugzettel oder zweier Querformate plötzlich die Welt durchschaut, daß es ihm oder ihr wie Schuppen von den Augen fällt, daß sie oder er sofort einen Schlußstrich unter das bisherige Leben und eine Maske vors Gesicht zieht und gegen die rassistischen Institutionen Sturm läuft.

Irgendwie müssen die Leute sich auch entwickeln können. Und dazu müssen wir sie nun dort erreichen, wo sie erreichbar sind. Wenn wir ihnen jetzt erklären, was für rassistische Arschlöcher sie sind, weil sie mit dem Löschnak heuchlerisch Kerzen angezunden haben, werden sie das vielleicht nicht ganz verstehen. Wenn wir aber jetzt hingegen versuchen, sie, aus ihrer durch das Kerzerltragen übernommenen Verantwortung nicht entlassend, ihnen zu erklären, worum es bei der von ihnen vielleicht noch "Ausländerfrage" genannten rassistischen Problematik wirklich geht, dann kann vielleicht der eine oder andere Mensch gewonnen werden — für einen Widerstand, der wirklich einer werden könnte. Sagen wir ihnen doch, daß es gut war, einen Anfang getan zu haben, daß es aber auch weitergehen muß, daß es nicht ausreicht, einmal ein Lichterl anzuzünden. Warnen wir sie vor denen, die sie ausgenutzt haben, verführen wir sie zu selbstbestimmtem Engagement.

Ich fand es einfach schön, so viele Menschen gegen Rassismus demonstrieren zu sehen, war zugegebenermaßen irgendwie gerührt, wenngleich mir so große Menschenmassen doch auch immer irgendwie Bauchweh bereiten, besonders wenn sie justament mit Fackeln oder Kerzen durch die Straßen ziehen. Und ich finde es auch heute noch einfach angenehm, in U-Bahn-Stationen nicht mehr nur potentiellen RassistInnen zu begegnen, sondern auch Leuten, die, noch einen SOS-Sticker am Kragen tragend, öffentlich gegen Rassismus Stellung beziehen. Ich finde es auch befreiend, wenn am Arbeitsplatz rassistische Witze und Anmachen endlich ansatzweise hinterfragt werden, daß es plötzlich möglich ist, mit den KollegInnen darüber zu reden.

Ich finde die SOS-Plattform eine Katastrofe, aber die Effekte, die sie erzielt hat, bieten ganz neue Möglichkeiten. Und diese gilt es auszunutzen. Scheissen wir doch auf die SOS-FührerInnen, die sich ohnehin bald wieder in ihre künstlerisch-kommerziellen Sphären verabschieden werden, kümmern wir uns um die Menschen.

Einer, der durch die, politisch doch mehr als verwaschenen, 70.000er-Friedensmärsche der frühen 80er-Jahre politisiert wurde,

Zitate

aus einem ablehnenden Asylbescheid gegen einen türkischen Kurden, ausgestellt vom Eisenstädter Bundesasylamt:

(aus akin 3/93, gekürzt)

"Gemäß ihrem eigenen Vorbringen haben sie die Organisation "PKK", eine notorisch mit Mord und Brandschatzung vorgehende Bande, durch Hilfslieferungen, Propaganda udgl. unterstützt.

Terrorismus und sonstiges politisches Bandenunwesen werden nun aber in allen westlichen Demokratien aufs Schärfste mit den Mitteln des Strafrechts bekämpft, als eine der gefährlichsten Varianten des gemeinen Verbrechens. Und zwar richtet sich diese Bekämpfung nicht nur gegen die Deliktbegehungsform der unmittelbaren Täterschaft, sondern auch gegen diese flankierenden Maßnahmen und Handlungen, wie Propaganda (welcher Sie sich ihren eigenen Angaben zufolge schuldig machten). Selbst bloßes Sympathisieren und öffentliches Verharmlosen des Terrorismus stehen in vielen Demokratien unter Strafe. Verwiesen sei hier nur auf das bundesdeutsche Strafgesetzbuch, insbesondere Paragraph 129 lit a StGB.

Zusammenfassend muß daher gesagt werden, daß die von ihnen befürchtete Verfolgung nicht aus einem der Gründe im Sinne des AsylG 1991 erfolgen würde, sondern sich von den staatlichen Motiven her im Rahmen eines legitimen hoheitlichen Strafanspruchs bewegte.

Die Tatsache, daß in der Türkei kein Kurde allein wegen seiner Abstammung verfolgt wird - es gibt ja sogar kurdische Regierungsmitglieder - führten die erkennende Behörde zur Feststellung, daß Sie allein aufgrund ihrer ethnischen Herkunft keine Verfolgung in ihrem Heimatstaat zu gewärtigen hatten."

Der Kurde reiste am 12. Jänner illegal ein. Am 18.1. stellte er in Eisenstadt einen Antrag auf Asylgewährung, wurde am selben Tag einvernommen, verhaftet und ins Polizeigefangenenhaus Wien gebracht, wohin dem nunmehrigen Schubhäftling noch am selben Tag obzitierter Bescheid zugestellt wurde. Hier verliert sich seine Spur. Nach Angaben der Schubhaftgruppe von Amnesty International dürfte er wohl schon in der Türkei sein. Denn dorthin seien die Flüge momentan fast leer. Bei anderen Ländern dauere das zumeist länger, aber in die Türkei würde das spätestens nach 4, 5 Tagen erledigt sein.

Freiburg/BRD:

Mord an Antifaschistin

Am Freitag, den 22. Januar 1993 wurde in Freiburg Kerstin Winter durch eine Paketbombe ermordet. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich um einen Anschlag von Faschisten handelt.

(Mailbox, Flugblatt, TATblatt-Wien)

Gegen 16.15 fand Kerstin ein an sie adressiertes Paket vor ihrer Wohnung. Als sie es öffnete, wurde sie von der Explosion sofort getötet. Nach Informationen aus Freiburg enthielt das Paket eine Splitterbombe, eingewickelt in Zeitungspapier. Wiederbelebungsversuche eines Notarztes waren erfolglos, viele der Splitter waren ihr in den Kopf, die Lungen und die Beine gedrungen. Durch die Wucht der Detonation gingen mehrere Fensterscheiben der Wohnung zu Bruch. Eine andere Person, die sich in der Wohnung aufhielt, wurde glücklicherweise nicht verletzt.

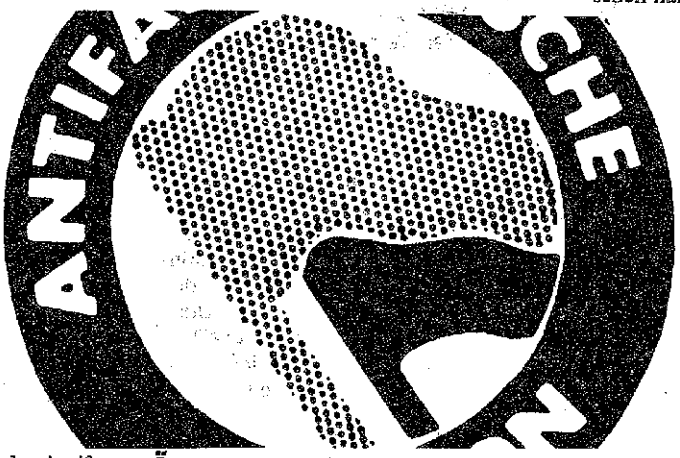
Kerstin war in Freiburg politisch aktiv. Die 24-jährige Frau arbeitete seit langem in der Antifa-Bewegung und kämpfte mit den PGL (Punx gegen Langeweile) und der AZ-Initiative für ein autonomes Zentrum in Freiburg. Redakteurin des "Radio Dreyeckland" war sie entgegen anderslautenden Meldungen nicht (laut "Autonomes Komitee Kerstin"). Kerstins Engagement war Teil ihres Kampfes für ein selbstbestimmtes Leben und eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

Der Hintergrund des Anschlags ist zur Zeit noch nicht geklärt, aber Kerstins politische Arbeit und die Art und Weise dieses Mordes lassen vermuten, daß der Anschlag von Faschisten verübt wurde — vor einigen Monaten sind Flugblätter einer Bürgerwehr aufgetaucht, die dazu aufrief, das "Pack" in der Stadt zu beseitigen. Auch in anderen Städten der BRD wurden in der Vergangenheit Morddrohungen gegen AntifaschistInnen ausgesprochen.

Die Polizei ermittelt nach eigenen Angaben "in alle Richtungen" und betrachtet eine politische Motivation lediglich als "eine von vielen Möglichkeiten". Die taz ("tageszeitung") äußerte den Verdacht, daß der Anschlag aus der Drogenszene kommen könnte, weil die PGLs in der letzten Zeit in einem Freiburger Stadtteil militante Aktionen gegen Drogendealer durchgeführt haben sollen. Gegen die Annahme, daß der Anschlag aus der Neonazi-Szene käme, würden einerseits die Professionalität des Vorgehens, andererseits die Tatsache, daß es in der letzten Woche eine große Durchsuchungswelle gegen Neonazis gegeben hätte, sprechen.

Diese These läßt allerdings außer Acht, daß es innerhalb des letzten Jahres zumindest zwei weitere gleichartige Anschläge gegeben hat, die eindeutig faschistisch bzw rassistisch motiviert waren: Im März 92 wurde in Kopenhagen (DK) ein trotzkistischer Antifaschist mit einer Paketbombe in die Luft gejagt, am 19. Jänner 93 erhielten vier Prostituierte in Hannover als Parfüm-Sendung getarnte Bomben. In einem Bekennerschreiben dazu hieß es, "deutsche" Huren sollten nicht mit "ausländischen" Männern in geschlechtlichen Kontakt kommen. Diese Morde zeigen, daß es sich bei den Neofaschisten nicht um "harmlose Jugendliche", sondern um skrupellose Menschen handelt, bei denen Mord an der Tagesordnung steht.

Bereits am Freitagabend fand in der Innenstadt von Freiburg eine spontane Demonstration statt, bei der ca. 700 Menschen ihre Trauer und Wut zum Ausdruck brachten. Vor dem Wohnhaus Kerstins wird Mahnwache gehalten. In mehreren Städten der BRD fanden Solidaritäts-Demonstrationen statt, in Bochum wurde im Zuge der Demo für ca 15 Minuten die Autobahn blokkiert. ●



Österreich/Jugoslawien

Deserteure werden doch abgeschoben

(Deserteursberatung, 18.1.93; gekürzt)

Der 19-jährige Minir R. wurde am Mittwoch vor Weihnachten von den österreichischen Fremdenbehörden abgeschoben. Der junge Mann aus Mazedonien wollte in Österreich Asyl. Er gehört der albanischen Volksgruppe an. Im Mai 1992 erhielt er von der jugoslawischen Armee einen Einberufungsbefehl. Dem wollte er keinesfalls Folge leisten. Er fürchtete, gegen Landsleute in Kosovo oder im Krieg eingesetzt zu werden. Nach einer zweiten Einberufung entschloß er sich zur Flucht.

Am 17. November stellte er einen Asylantrag im Flüchtlingslager Traiskirchen. Schon am Tag danach erhielt er einen negativen Bescheid und gleichzeitig damit eine Ausweisung aus Österreich. Am 27. November, drei Tage nach seinem Versuch zu berufen, wurde er von der Fremdenpolizei festgenommen und im Schubhaftgefängnis am Hernalser Gürtel (Wien) "verwahrt". Nach zwei Wochen Schubhaft trat er gemeinsam mit anderen Schubhäftlingen in Hungerstreik.

Am 23.12. wurde er dennoch in einen Zug nach Belgrad verfrachtet. Wegen Landes- und Fahnenflucht könnte dort gegen Minir sogar die Todesstrafe verhängt werden, was aufgrund seiner albanischen Abstammung nicht ganz unwahrscheinlich ist. In Mazedonien wäre er wenigstens vor Strafverfolgung wegen Desertion sicher gewesen. Daß die Bezirkshauptmannschaft Baden den Deserteur nicht in seine Heimat Mazedonien, sondern in den Verfolgerstaat Serbien schickten, hält Dr. Widermann vom Innenministerium für unmöglich. Außerdem "werden Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien gar nicht abgeschoben."

Naser Gashi, Selajdin und Sali Kryeziu sitzen seit Anfang des Jahres im Polizeigefangenenhaus Rossauer Lände (Wien) in Schubhaft. Die drei Kosovo-Albaner hatten bei der jüngsten allgemeinen Mobilmachungskampagne der Bundesarmee in Kosovo, die ausschließlich junge Männer albanischer Herkunft getroffen hatte, Einberufungsbefehle erhalten. Sie hielten sich wenige Wochen versteckt und sind am 17. Dezember nach Österreich geflohen. Hier haben sie einen Asylantrag gestellt. Ihr Argument: Krieg — und dieser besonders — ist Unrecht!

Binnen 10 Tagen wurde von der Asylbehörde in Traiskirchen ein negativer Bescheid gegen den Asylantrag ausgestellt. Als sich die beiden den Negativbescheid abholen wollten, wurden sie auch gleich in Schubhaft genommen, wo sie jetzt immer noch sitzen.

Heiland im Häfn

K e i n S p a ß !

"Wie gegen einen Mörder seid ihr mit Pistolen und Knüppeln ausgezogen. Tag für Tag war ich bei euch in den Konzertsälen und ihr habt nicht gewagt, gegen mich vorzugehen. Aber das ist eure Stunde, jetzt hat die Finsternis die Macht."
(Lk 22, 52-53)

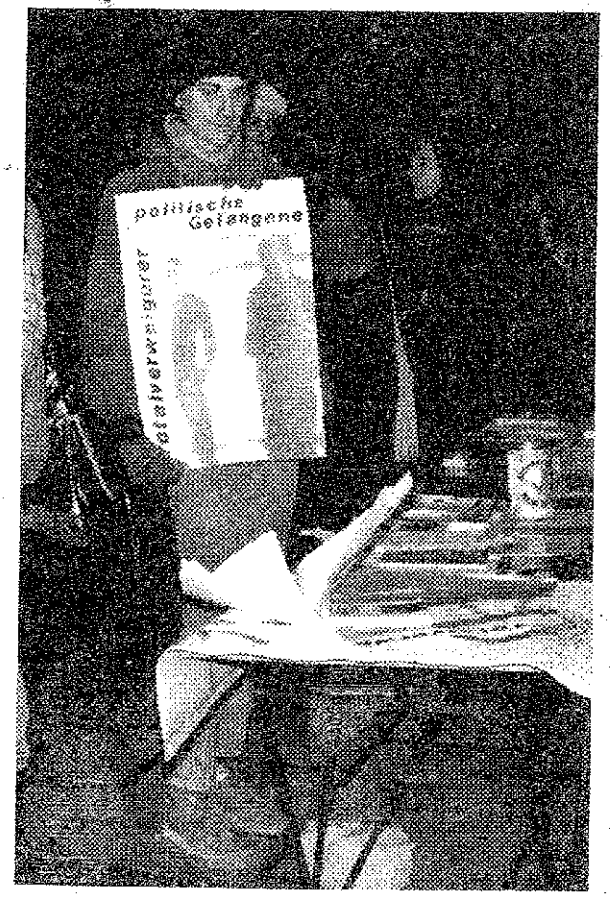
Am Samstag den 16.1.1993 wurde der seit 2 Jahren wegen Militär- und Zivildienstverweigerung gesuchte Helmut Hejtmanek bei einer Routinekontrolle am Wiener Naschmarkt verhaftet (das TATblatt berichtete) und in das Wiener Landesgericht 1 überstellt. Helmut Hejtmanek, den meisten wohl unter dem Namen Helmut Heiland (eine Hälfte der Extended Versions) bekannt, ist auch für die Strafrichter kein Unbekannter.

(TATblatt Wien)

Bereits vor seiner ersten Musterung 1981, bei der er aus psychischen Gründen für untauglich befunden wurde, machte er klar wie er dem Militärdienst gegenüberstand. Bei einer neuerlichen Musterung 1983 wird er plötzlich als für den Militärdienst tauglich erkannt und sein Zivildienstantrag abgewiesen. Das Militärkommando stimmte dann aber einem Aufschub des Militärdienstes bis 1988 zwecks Ausbildung zu. Heiland kündigt dem Verteidigungsministerium seine Verweigerung des Militärdienstes an, wird aber dennoch 1986 einberufen und nach Verweigerung des ersten Befehls inhaftiert. Nach der 4-wöchigen Untersuchungshaft, während der Heiland einen Hungerstreik begann, wurde er zu 3 Monaten bedingt verurteilt. 6 Tage später wird er ohne Angabe von Gründen aus dem Militärdienst entlassen. Die neuerliche Einberufung für 1989 befolgt Heiland ebenfalls nicht und wird 1990 angeklagt (Verstoß gegen das MilStG §7; Strafrahmen bis zu einem Jahr), erscheint aus Krankheitsgründen aber nicht beim Prozeß. Also wird ein Haftbefehl erstellt und Heiland zur Fahndung ausgeschrieben. Seit damals lebt Heiland im Untergrund (trat aber regelmäßig bei Konzerten auf) und wurde bei der routinemäßigen Ausweiskontrolle verhaftet.(Diese routinemäßigen Kontrollen am Naschmarkt richten sich oft gegen freakig aussehende Personen, die die Bullen mit Vorliebe kontrollieren, und finden immer wieder 'mal statt, Anm.)

Daß man ihn während der U-Haft zusammen mit (oder besser gegen) Gottfried Küssel und einem weiteren notorischen Neo-Nazi in eine Zelle sperrte, kann wohl kaum als Zufall angesehen werden. Nur wegen der Verbreitung dieser Tatsache in der ö3-Music-Box und der zu erwartenden Reaktion der Öffentlichkeit sowie einer Demonstration vor dem Wiener Landesgericht mit ca.600 TeilnehmerInnen wurde Heiland nach 4 Tagen in eine andere Zelle verlegt (Weitere Termine könnt ihr dem Veranstaltungskalender entnehemen).

Die Verhaftung Heilands ist im Zusammenhang mit der zunehmenden Repression der Staatsgewalt gegen jede Form des Antimilitarismus zu sehen (z.B. der Prozeß des Aufrufs zur Nichtbefolgung des Militärgesetztes). Diese Vorfälle werden von den bürgerlichen Medien zum größten Teil totgeschwiegen oder sogar unterstützt. Es hätte sich erst kürzlich gezeigt (Krieg in ex-Jugoslawien etc.), daß die Armee jetzt dringender denn je gebraucht würde um den Krieg von "unseren" Grenzen fernzuhalten. Dabei übersehen diese Menschen nur allzugerne, daß dieser Militärapparat innerhalb "unserer" Grenzen ein Krieg gegen alle jene führt, die sich gegen diese (und andere) Formen der Gewalt stellen. Betroffen sind aber auch die, die sich dieser Maschinerie unterwerfen (unterworfen werden). Durch die sogenannte "Disziplinierung" wird faschistoides Gedankengut in die Köpfe aller (nicht nur derer die den Militärdienst ertragen müssen, sondern auch in die, die mit(?) diesen Menschen nachher zusammen(?)leben müssen) hineingeprügelt. Die Organisation, die die Demokratie vor äußeren (und inneren Feinden) schützen soll, führt also einen Krieg gegen ihre Grundsätze selbst (sollte dieser Staat tatsächlich eine Demokratie sein), ganz abgesehen davon, daß sie einen Krieg gegen Menschen führt. Bei einem Staat, der Deserteure aus ex-Jugoslawien mit der Begründung "Militärdienst ist eine Staatspflicht — daher nicht antastbar" abschiebt und Menschen, die den Wehrdienst (also den Militärdienst und den Zivildienst als Teil der Landesverteidigung) verweigern, kriminalisiert, stellt sich die Frage nicht warum verweigern, sondern wie. Der oftgehörte Vorwurf der Justiz, daß Totalverweigerung ein Akt des Anarchismus sei, erfährt jetzt auch bei anderen Menschen eine Renaissance.



versuchte sich aber auch bereits 1989 des Images des Märtyrers entgegenzustellen. In einem Brief schrieb er ***"ich möchte mich auch, von dem idealbild des einzelkämpferischen totalverweigerers, der 'wie ein mann' zu dem steht, was er tut und niemanden dazu braucht, befreien. (...) ich habe angst davor, im gefängis zu landen, all meiner zwischenmenschlichen beziehungen, meinem bedürfnis nach wärme, eben allem was mir lieb ist, beraubt zu werden. wortlose bewunderung hilft mir nicht."***

In diesem Sinne wäre es wohl keine schlechte Idee Helmut Heiland einige Zeilen zukommen zu lassen; und zwar an folgende Adresse:

Landesgericht Wien,
z.H. Helmut "Heiland" Hejtmanek
1080 Wien, Landesgerichtsstraße 11

Wer etwas Zeit, einige Marken oder Münzen für ein Telephongespräch über hat, kann sich natürlich auch bei folgenden Herren nach Heiland erkundigen oder seine Freilassung fordern:

- Präsidentschaftskanzlei z.H. Hrn. Thomas Klestil-1010, Hofburg, Leopoldinischer Trakt, Bellariator;Tel.: 53-422-0
- Bundesministerium für Landesverteidigung z.H. Hrn.Werner Fasslabend; 1030, Dampfschiffstraße 2, Bundesamtsgebäude 3-, Tel.:51-595-0
- Militärkommando Wien z.H. Hrn.Semlitsch; 1160, Panikengasse 2; Tel.:49-161-0
- Landesgericht Wien; 1080, Landesgerichtsstraße 11; Tel.:40-127-0

PS.: Am 27.Jänner wurde Helmut Hejtmanek von Amnesty International als Gewissensgefangener adoptiert!

Helmut Hejtmanek begründet seine Totalverweigerung in einem offenen Brief vom 26.1.1993

In der Entwürdigung von Menschen liegt eine Ursache für Krieg! Militär übt nicht erst in bewaffneten Konflikten Gewalt aus. Gewalt ist auch, Menschen durch abstumpfende Exerzierrituale zu blinden Ja-Sage-Maschinen machen zu wollen. Zwangskasernierung, und Disziplinarstrafe sollen jungen Männern ein eindimensionales Normalitätsbild eintrichtern, ohne das eine Armee nicht funktionieren könnte.

Normalität (nicht nur) in der Kaserne bedeutet: "Denken in engen Bahnen, Handeln nur nach Vorschrift, Fühlen am besten gar nicht!". Diese dumpfe Ordnung bedingt zwangsläufig, daß Härte als Stärke gewertet und Arroganz mit Selbstbewußtsein verwechselt wird. Den Rahmen dieser Ordnung sichert das Militärstrafgesetz, nach dem jedes Jahr viele hundert Menschen kriminalisiert werden.

In den 70er Jahren wurde von armeekritischen Initiativen ein Alternativdienst für Verweigerer gefordert. Die ursprüngliche Idee, dadurch Menschen die Möglichkeit zu bieten, aktive Friedensarbeit zu leisten, wurde durch die Eingliederung des Zivildienstes in die Umfassende Landesverteidigung prompt zerschlagen. So wurde ein Ersatzdienst geschaffen, der zum Ziel hatte, antimilitaristischen Widerstand zu kanalisieren und wieder für militärische Strategien nutzbar zu machen.

Friedensarbeit braucht Freiraum, um Fantasie entwickeln zu können. Der Zivildienst ist nichts anderes als Ersatzzwangsarbeit, genauso abgesichert durch Strafgesetze wie das Militär. Durch die etwas humaneren Dienstbedingungen dient der Zivildienst also bloß dazu, die dahintersteckende Gewalt zu verschleiern und Gewissen ruhigzustellen.

Der Zivildienst entsprang nicht — wie oft behauptet wird — dem Bedarf an Sozialen Diensten, sondern allein der Existenz einer Armee!! Aus diesen Gründen bin ich nicht bereit, einem der beiden Zwangsdiensten zuzustimmen. Meine Forderungen nach Befreiung vom Militärdienst und Einstellung aller Militärstraf- und Zivildienstverfahren bleiben aufrecht! Meine Arbeit für eine buntere Welt werde ich trotz Verfolgung weiterführen.

Es geht jetzt nicht nur um mich, auch wenn mein Name im Vordergrund steht. Ein paar hundert Menschen werden jedes Jahr wegen der Militärgesetze verfolgt. Vielleicht haben wir jetzt eine Chance, mehr Leuten ins Bewußtsein zu rufen, daß Militär nicht nur im Krieg Gewalt ausübt...

Helmut Hejtmanek

Offener Brief von Helmut Hejtmanek aus dem Strafgefangenenhaus vom 26.1.1993

Liebe Leute!

Mein derzeitiger Hauptwohnsitz ist das Landesgerichtliche Gefangenenhaus Wien. Die Geschichte meiner Wehrdienst-totalverweigerung begann im Grunde schon 1981 bei meiner ersten Musterung. Mein Widerwille gegen kalte militärische Ordnung war damals schon vorhanden, was mit einer befristeten Wehruntauglichkeit belohnt wurde. Zwei Jahre später hatte sich der Wille zur offenen Armeeablehnung entwickelt.

Trotzdem wurde ich für tauglich befunden und stellte kurz darauf einen Zivildienstantrag. Es folgten Ablehnungen durch die zuständigen Stellen. Zwischen 1984 und 1986 begann ich mich mit dem Ursprung des Zivildienstes und dessen Eingliederung in die Umfassende Landesverteidigung auseinanderzusetzen.

Am 1.10.1986 verweigerte ich in der Burstyn-Kaserne in Zwölfaxing alle Befehle und wurde am 2.10.1986 ins Landesgericht Wien überstellt. Die Zeit bis zum 28.10.1986 verbrachte ich in Einzeluntersuchungshaft. Es folgten die Verurteilung zu drei Monaten bedingter Haft und der Rücktransport in die Kaserne. Am 26.10.86 hatte ich einen unbefristeten Hungerstreik begonnen und wurde deshalb von der Kaserne in die psychiatrische Abteilung des Heeresspitals Stammersdorf verfrachtet. Die Ärzte schüchterten mich ein, indem sie mir eine Einlieferung in eine psychiatrische Klinik androhten. Die Verabreichung von Beruhigungsmitteln und die Verunsicherung durch die Einzelhaft ließen mich den Hungerstreik abbrechen. Sechs Tage später wurde ich vorübergehend aus dem Präsenzdienst entlassen. An meiner antimilitaristischen Grundhaltung hatte sich nichts geändert. Ich nahm den Papierkrieg mit diversen Behörden wieder auf, was meine neuerliche Einberufung verzögerte.

Am 3.4.1989 und am 2.4.1990 weigerte ich mich, den Einberufungsbefehl zu befolgen. Im Sommer 1990 versäumte ich wegen Grippe eine Gerichtsverhandlung (§7 Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls). Am 16.1..93 wurde ich wegen eines im Sommer 90 ausgestellten Haftbefehls festgenommen und seit 17.1.1993 bin ich wieder Gast im Grauen Haus — Landesgericht Wien. Soviel zu den Daten.

Letzte Meldung:

Heiland verurteilt!

(TATblatt-Wien)

Am 1. Februar 1993 wurde Helmut von Dr. Reinhard Zimmermann wegen Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls zu 3 Monaten unbedingter Haftstrafe verurteilt. Mittels eines ziemlich fragwürdigen Tricks gelang es dem Richter auch, eine bedingte Haftstrafe aus dem Jahre 1986 (drei Monate wegen Befehlsverweigerung) in eine unbedingte umzuwandeln. Insgesamt hat Helmut nun also 6 Monate Haft "erhalten", von denen er bereits sechs Wochen abgesessen hat.

Vor dem Gericht hatten in der Zwischenzeit Freundinnen und Freunde Helmuts (nur 7 durften in den "Saal") eine Kundgebung veranstaltet, nachdem eine Umrundung des Landls mit einer fadenscheinigen Begründung verboten worden war. Die Empörung über das bisher höchste in Österreich verhängte Urteil gegen einen Totalverweigerer seit 1975 (Deserteure allerdings werden bisweilen auch höher bestraft) ließ die Anwesenden auf Polizei und Verbot scheißen: Nachdem die Polizei mit zwei eleganten Haken ausgetrickst worden war, wurde das Landl doch umkreist. Unbekannte TäterInnen öffneten mittels Seitenschneiders eine Baustelleneinfahrt und ermöglichten den Demonstrierenden damit direkten Blick- und Rufkontakte mit Gefangenen. Folge: ein kurzer, aber heftiger Einsatz der Alarmabteilung. Eine Frau wurde verletzt. Täter: ein als Polizist verkleideter Schlägertyp, der als Dienstnummer "Einsatzleiter" angab. Näheres im nächsten TATblatt!

TATblatt Termine

Oberösterreich

Linz

Mittwoch, 24. Februar

20.00, Atelier Hanghofer, Ottensheimer Straße 34,
Erich Klingler: "Wiederbelebungsversuche" (Lesung)

Freitag, 26. Februar

20.00, Atelier Hanghofer, Ottensheimer Straße 34,
Erich Klingler: "Heimvorteil ?" (Texte/Stimme/Spielszenen)

Wels

Samstag, 6. Februar

20.00, Alter Schlachthof, Dragonerstraße 22, 4600 Wels: **Bill Frisell Band+Special Guests Bill Frisell-Joey Baron-Kermit Driscoll plus Don Byron+Guy Klucevsek**

Freitag, 12. Februar

20.00, Alter Schlachthof, Dragonerstraße 22, 4600 Wels: **Cecil Taylor Piano Solo** (unsicher, für Rückfragen: 07242-67284)

Dienstag, 23. Februar

20.00, Alter Schlachthof, Dragonerstraße 22, 4600 Wels: Faschingsdienstag — **Fest** mit **Lesungen** von Flati und Hasi-Hütti-Pauli plus **Dancefloor** und **Gratishasenschnitt** bis 16 Millimeter

Freitag, 26. Februar

20.00, Alter Schlachthof, Dragonerstraße 22, 4600 Wels: ki-corner Einstand: **Konzert/Fest mit Jordan Minnesota+Dharma Bums Insane**

Wien

Symposion **Das neue Umwelthaftungsgesetz.** Referate: Peter Reindl (Justizministerium), Georg Wilhelm (Universität Wien), Hanspeter Hanreich (Bundeswirtschaftskammer), Thomas Höhne (Rechtsanwalt), Podiumsdiskussion, Buffet

19.00, VHS Margareten, 5, Stöbergasse 11-15: Vorbesprechung der Erfinderwerkstatt Solarenergie zum Projekt **Solarenergie.** Kurs Mo-Do 17.00-21.00 für 7 Wochen ab 8. Feber, Kostenbeitrag abhängig vom Umfang des Projekts

19.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: Jugendgruppe **Coming-Out-Runde**

Freitag, 5. Februar

17.00, Cafe Jellinek, 6, Otto Bauer-Gasse: **Koordinationstreffen** der ARGE WiD: *Die ARGE WiD ist vorerst eine subversive Tarnorganisation, hinter der sich zum einen Studentinnen aus verschiedenen universitären Basisgruppen und zum andern die GRAS (Grünalternativen Studentinnen) verbergen. Wir würden uns freuen, andere Gruppen und Initiativen, vor allem aus außeruniversitären Widerstandszusammenhängen, zur Mitarbeit und Mitorganisation willkommen heißen zu dürfen (guten Tag)...*

19.00, Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8: Diskussionsveranstaltung **SOS! Mitmenschen in Palästina und Irak** mit Charlotte Teuber (Uni Wien), Susanne Rasoul-Rockenschaub (Ärztin), Kamal Alsaedy (Al Taiar Al Arabi, Europa/Irak) und VertreterInnen politischer Organisationen

19.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: **Frauentanzabend**

Mittwoch, 10. Februar

19.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: Lesbengruppe Arbeitskreis **Lesben und Recht**

Mittwoch, 17. Februar

Das neue TATblatt erscheint!

17.00, 2, BAWAG-Filiale (Treffpunkt), 2, Taborstraße/Obere Augartenstraße: **Kriminaltango.** Besuch des neuen Wiener Kriminalmuseums, dem Ort der **detektivischen** Dokumentation. (Vielleicht kann mensch sich da was abschaun?!). Veranstaltung der GPA-Wien, 50,-

19.00, VHS Margareten, 5, Stöbergasse 11-15: **Die Gestapo in Wien 1938-1945,** Kursbeginn zur Vortragsreihe von Franz Weisz, wöchentlich, 6 Abende. AK-Stiftungskurs, Kursbeitrag 50,-

19.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: Lesbengruppe Arbeitskreis **Lesben in der NS-Zeit**

19.30, VHS Favoriten, 10, Arthaberplatz 18: **Rehabilitation des Austrofaschismus?** mit Hugo Pepper in der Reihe "Aktuelle Fragen des Freidenkertums" (weitere Veranstaltungen in zweiwöchigem Abstand, AK-Stiftungskurs, Kursbeitrag 50,-)

Donnerstag 18.Februar

18.30, Parlament, 1, Schmerlingplatz: Buchpräsentation **Frauen über den Krieg — eine Sammlung bedeutender Stimmen gegen den Krieg,** herausgegeben von Daniela Gioseffi

19.00 Kino im WUK, 9, Währinger Straße 59, Stiege 5: Christa Biedermann **Reisefilmprogramm 1990/91,** tritt 90,-, ermäßigt 70,-

20.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: **HOSI-Gschnas — Tanz • Buffet • Unterhaltung • Atemberaubende Mitternachtseinlage.** Um Kostümierung wird gebeten!

Sonntag, 21.Februar

15.00, Werkstatt Peter Holub, Graf Starhemberg-Gasse 9: **Names Project Wien** — Arbeit an den Erinnerungstüchern für an AIDS verstorbene Menschen. 15.00 bis 20.00 jeden 1. und 3. Sonntag im Monat in der Werkstatt Tailors unlimited/Peter Holub (Telefon 505-49-414)

19.00 Kino im WUK, 9, Währinger Straße 59, Stiege 5: Christa Biedermann **Mit frischem Wind...** (1991), 16mm mit Ton, Dauer ca. 1h30. Eintritt 90,-, ermäßigt 70,-

Mittwoch, 24. Februar

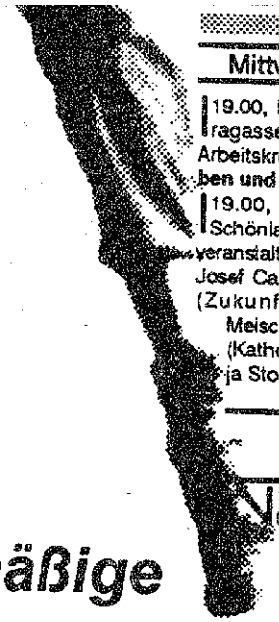
19.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: **Allgemeiner Lesbenabend**

Donnerstag 25. Februar

19.00 VHS Favoriten, 10, Arthaberplatz 18: **Schauprozesse und politische Verfolgung in Ost- und Mitteleuropa** mit Wolfgang Maderthaner (Verein zur Geschichte der Arbeiterbewegung) in der Reihe "Politische Verfolgung in Europa im 20. Jahrhundert". Weitere Veranstaltungen in wöchentlichem Abstand, AK-Stiftungskurs, Kursbeitrag 50,-

Freitag, 26. Februar

9.00 Institut für Systemische Therapie (IST), 3, Am Heumarkt 9/2/22:



Regelmäßige Termine

Mittwoch, 3. Februar

19.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: Lesbengruppe – Arbeitskreis **Lesbenbilder — Leben und Kunst**

19.00, Zukunftswerkstätte, 1, Schönlatemgasse 9: Diskussionveranstaltung **SOS Österreich** mit Josef Cap (SPÖ), Andreas Kuntzl (Zukunftswerkstätte), Walter Meischberger (FPÖ), Eva Petrik (Katholische Aktion), Therezija Stoisits (Grüne)

Donnerstag, 4. Februar

17.00, Raiffeisenhaus, 1. UG, 2, Hollandstraße 2:

Sonntag, 7. Februar

15.00, Werkstatt Peter Holub, Graf Starhemberg-Gasse 9: **Names Project Wien** – Arbeit an den Erinnerungstüchern für an AIDS verstorbene Menschen. 15.00 bis 20.00 jeden 1. und 3. Sonntag im Monat in der Werkstatt Tailors unlimited/Peter Holub (Telefon 505-49-414)

Dienstag, 9. Februar

19.30, CIU, 1, Schottengasse 1: Lo **Carnevalesco en las Sociedades Latinoamericanas** (Karneval in den lateinamerikanischen Gesellschaften) mit José Zapata, Peru. Veranstaltung des Lateinamerika-Instituts, möglicherweise spanischsprachig (Rückfrage: 52-333-15)

20.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: **Konzertcafé** im Café Rosé

Super-8 mit Ton, Dauer ca. 1h30. Eintritt 90,-, ermäßigt 70,-

20.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: Jugendgruppe **Café Filmetüüt**

Freitag, 19. Februar

18.00 VHS Favoriten, 10, Arthaberplatz 18: Kapital-Arbeitskreis, wöchentlich, 10 Abende. AK-Stiftungskurs, Kursbeitrag 50,-

19.00 Kino im WUK, 9, Währinger Straße 59, Stiege 5: Christa Biedermann **Reisefilmprogramm 1990/91**, Super-8 mit Ton, Dauer ca. 1h30. Eintritt 90,-, ermäßigt 70,-

Samstag, 20. Februar

19.00 Kino im WUK, 9, Währinger Straße 59, Stiege 5: Christa Biedermann **Mit frischem Wind...** (1991), 16mm mit Ton, Dauer ca. 1h30. Ein-

Seminar **Nimm kein Zuckerl von einem fremden Onkel** – Möglichkeiten zur Prävention und Hilfestellung bei sexuellem Mißbrauch, bis Samstag, 27.2., 18.00. ReferentInnen Mona Schuch, Werner Goltz (Diplomierte SozialarbeiterInnen), Stefan Geyerhofer (Psychologe). Veranstaltung des IST, 7, Zieglergasse 49. Schriftliche Anmeldung bis 5. Feber erforderlich, Telefon: 52-33-722/12 oder 13, Seminarkostenanteil 900,-

18.30 IFP/Wiener Jugendleiterschule, 7, Zieglergasse 49: Seminar **Schon wieder Ausländerkinder** bis Sonntag, 28.2., 17.00. Referentin Eva Wagner (Psychologin) Zielgruppe: BetreuerInnen, die mit multikulturellen Kindergruppen arbeiten. Schriftliche Anmeldung bis 15. Feber erforderlich, Telefon: 52-33-722/12 oder 13, Seminarkostenanteil 200,-

Oberösterreich

Aidshilfe, Langg. 12, 4020 **Linz**: Öffnungszeiten: Montag 15-18.00, Mittwoch 17-20.00, Donnerstag 10.00-13.00, Freitag 12.00-15.00; Tel.: 0732/21 70.

Homosexuelle Initiative Linz (Postfach 43, 4013 Linz), **Rosa Telefon**: 07 32/78 20 51 jeden Montag 20-22.00 (sonst Tonbanddienst)

Schloßmuseum Linz, Tummelplatz 10, 4020 Linz: Ausstellung **Leben mit dem Regenwald** – Indianer vom Amazonas, Dienstag bis Sonntag 9.00-17.00, Donnerstag bis 20.00, noch bis 14. März, Eintritt 50,- (Ermäßigungen)

Burgenland

Mimo – Theater und Kultur für Kinder, Untere Hauptstraße 74, 7501 Oberdorf: **Sindbad in neuem Gewand** – ein Märchen aus 1001 Nacht für Kinder von 5 bis 12 Jahren, seit 31. Jänner im Offenen Haus Oberwart. Telefonnummer für Rückfragen 03352-6109 Mo-Fr 10-12, 13-15

Die Kulissen sind gefallen.
Das Schloß des Großkönigs Schachmatt ist die Klippen hinuntergestürzt, da und dort wurde eine Blumenwiese geköpft, das Meer ist gänzlich der Ebbe zum Opfer gefallen — geblieben sind liebevoll dem Stück angepaßte Requisiten, geblieben ist ebenso die Phantasie der Kinder und von einer großen Welle an den Strand von Bagdad gespült worden sind: Dias!
Zauberhafte, aber auch äußerst realistische Dias sind der Hit im Stück "SINDBAD DER SEEFAHRER", das nach mehr als 300 Vorstellungen in ganz Österreich eine "Entstaubung" der alten Kulissen dringend nötig hatte.

Wien

jeden Tag, ab ca. 17.00: **Telefonzeitung "AnNa"** ... die ANderen NAchrichten unter Telefon Nr. 58801-5801

Das **Frauenzentrum-Beisl** 1090 Währinger Str. 59/6, Ecke Prechtlgasse, ist zu folgenden Zeiten geöffnet: Mittwoch und Freitag von 19.00-24.00, am 1. Samstag im Monat gibt es ab 21.00 Disco, jeden 2. Samstag im Monat rauchfreie Disco ab 21.00, jeden 4. Samstag im Monat 21.00-01.00 (keine Diskussion)

RAF (**Radfahren am Freitag**)
jeden Freitag ab 16.00, Treffpunkt: Radhausplatz

Ernst-Kirchweger-Haus (1100, Wielandg. 2-4):
jeden Donnerstag ab 20.00: **Rechtshilfedisco**
jeden Freitag ab 19.00: **Antifa-Cafe**
jeden Samstag ab 19.00: **Info- und Spielecafe und Volxküche**

AIDS-Hilfe Wien:
Beratungsstelle: Wickenburgg. 14, 1080; Öffnungszeiten: Di 16-20.00, Do 10-14.00, Fr 14-18.00; Telefonische Beratung: Mo und Mi 10-14.00
Positive Line (Positive beraten Positive): Mo 15-19.00; Tel.: 408 61 86, 408 61 87
Safer Sex Hotline: 408 61 86, Mi und Fr 18-20.00
Menschen und AIDS — Club Plus (+)
Selbsthilfegruppe Wien
Montag: Positiv-Telefon 14-17.00: 403 33 74, 408 67 49
jeden Freitag von 19-22.00 ist Club-Treffen (1080, Lenaug. 17, durch den Hof, 1. Stock, bei AIDS Hilfe anläuten)

Piraten Radio 103,3 FM: jeden Freitag, 18.00: Radio TU; 20.00: RADIO DURUTTI

jeden Mittwoch 21.00: **Gay-Girl-Night** (nur für Frauen) im Volksgarten (Eintritt öS 60.-)

jeden Di und Do, 18.30: **Antipsychiatrisches Forum - Betroffenenoffensive** (3., Drorygasse 23/1, Tel. 7219714)

Wiener Planungswerkstatt, 8, Friedrich-Schmidt-Platz 9: **Raumgedanken** – 8 Architekten aus Zagreb: *Gleichzeitig mit dem alltäglichen Bauen entwickelt sich in der nicht allzu bedeutenden Architekturszene Zagrebs eine jüngere Generation von Architekten, welche seit etwa einem Jahrzehnt am scheinbaren Rand wirken. Diese acht Personen verstehen diesen Rand jedoch als Mittelpunkt einer architektonischen "Parallel-Welt", einer Welt, wo Zwänge abgelehnt werden, mit anderen Auffassungen und differenzierten Grundsätzen...* 15. Februar bis 5. März, Montag bis Freitag 9.00 bis 16.00, Donnerstag 9.00 bis 19.00

Treffpunkt Zentrum Hernals, 17, Elterleinplatz 12: **"Entwicklungsplanung 17" — liebenswertes Hernals.** Montag bis Freitag 8.00 bis 18.30, Samstag 8.00 bis 12.30. Um interessierten BürgerInnen die Möglichkeit zu bieten, sich über geplante Vorhaben zu informieren, werden Montag bis Freitag von 16.00 bis 17.30 und Samstag von 10.00 bis 11.00 sowohl BezirksmandatarInnen als auch FachplanerInnen der MA 18 anwesend sein.

DIE WAFFEN NIEDER

(N.N.)

Als Bertha von Suttner diesen Aufruf schrieb hatte sie die wichtigste Waffe, die in allen Kriegen eingesetzt wurde und wird und auch in sogenannten friedlichen Zeiten alltäglich und vor allem allnächtlich unsere Leben bedroht, nicht genannt: den Schwanz der Männer. Spätestens jetzt im Jahre 1993 läßt sich über diese Waffe nicht mehr hinwegsehen.

Frauen gebären und ernähren, ziehen auf und versorgen die Männer, die sie dafür angeblich beschützen. In jedem Krieg haben die Männer ihr rücksichtsloses Vorgehen und ihre grenzenlose Dummheit als notwendig zum Schutz der Frauen gerechtfertigt. Sie sind für IHRE Frauen in den Krieg gezogen und haben IHRE Heimat für IHRE Frauen und Kinder verteidigt.

Milliarden unseres sauer und unter vielfach Belastungen erarbeiteten Geldes haben sie für unsere Verteidigung in die Rüstung gesteckt. Wir haben jetzt Atombomben, die Menschen vernichten ohne die Gebäude zu zerstören, wir haben chemische Waffen, die Wälder entlauben und Menschen verwirren, wir haben elektronische und sonstige Geräte, die auf raffinierteste Weise funktionieren.

Aber wir haben keine Waffen um die Frauen von einem ca 20 cm langen Fleischfortsatz zu schützen, der sie körperlich und seelisch zerstört.

Uns Frauen wurde beigebracht, daß der Schwanz des Mannes und seine Ereiktion eine sehr heikle Sache ist, die nur bei sehr liebevoller seelischer Behandlung funktioniert. Keinesfalls dürfen die Frauen die Männer mit direkten Wünschen überfordern oder gar diese Funktion einfordern. Jetzt sehen wir auf einmal Männer, die im Fernsehen behaupten, auf Befehl vergewaltigt zu haben.

Habt acht! Stramm gestanden!

Uns Frauen wurde auch immer wieder vorgeführt, wie eine sexuell attraktive Frau auszusehen hat und vor allem auch, daß wir als alte Frauen keinen Mann mehr reizen können. Jetzt sehen wir im Fernsehen, daß auch keine Altersgrenze oder Nichteinhaltung des Schönheitsideals vor Vergewaltigung schützt.

Alle netten Männer, die furchtbar unter diesen Greuel leiden, die mit den Frauen mitfühlen und sich vielleicht sogar in diesen Zusammenhang ihres Mannseins schämen frage ich:

• Wo sind die Waffen, die ihr für unseren Schutz um unser Geld entwickelt habt?
• Wo sind die Flugzeuge, die Pillen für die vergewaltigten Frauen abwerfen, damit sie wenigstens nicht schwanger werden müssen?
• Wo sind die Salben und Mittel, die jeden Schwanz verfaulen lassen, der in eine Frau eindringt, die das nicht will und sich damit schützt?
• Wo sind die feinen elektronischen Apparate, die jedes gewaltsame Eindringen in einen Frauenkörper verhindern und den Eindringling für immer unschädlich machen?
• Wo sind die Überwachungssysteme, die von jeder Frau ausgelöst werden können, die sich bedroht fühlt.
• Wo sind zumindest die Gaspistolen, deren Nervengas lähmt und eine Vergewaltigung verunmöglichen?
• Oder wo sind wenigstens die Pillen, die die Frauen vorübergehend betäuben, damit sie die Qual nicht voll bewußt erleben müssen?

Alle diese Fragen vollziehen die männliche Waffenlogik nach und entsprechen nicht meiner Denkweise. Aber nicht einmal in dieser männlichen Logik wird etwas zum Schutz der Frauen getan.

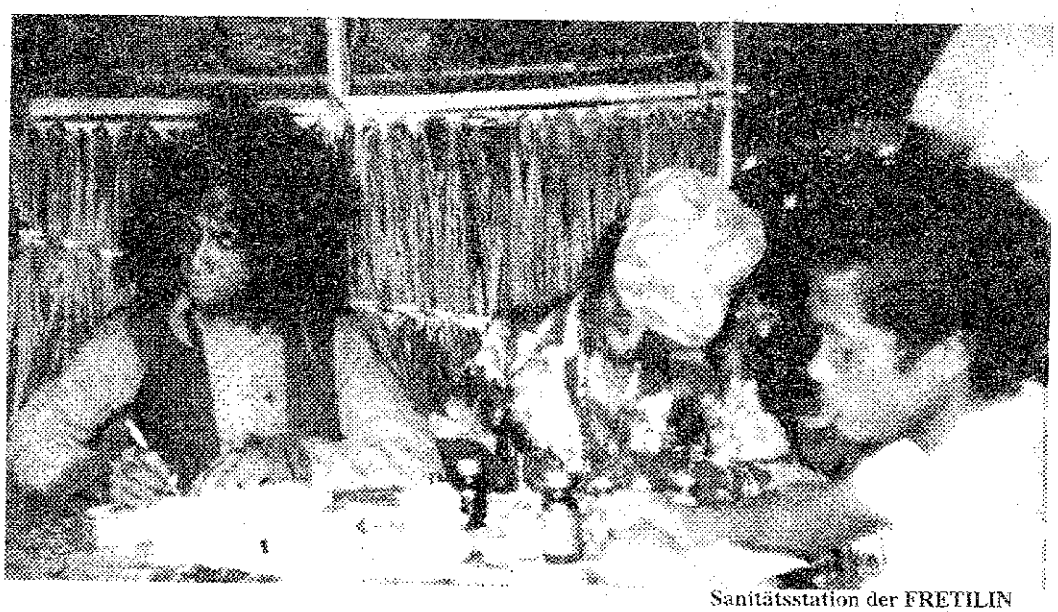
Stattdessen sprechen alle von Schande und schänden von verzeihen einer Schuld, von liebevoll wieder aufnehmen und in Familien eingliedern. Mann und Frau stelle sich vor:

Ein Bahnhof auf den viele Frauen auf ihre aus dem Krieg oder der Gefangenschaft heimkehrenden Männer warten, und eine Reporterin fragt einige Frauen, ob sie den Männern verzeihen, daß diese im Krieg verletzt oder gefoltert wurden. Ob die Frauen bereit seien ihre Männer wieder bei sich aufzunehmen (von pflegen und betreuen ist gar nicht die Rede).

Zuerst redet man uns ein, daß unser Glück nur gemeinsam mit dem Glück der Männer erlebt werden kann. Das hält uns in Trab. Wir plagen uns sehr, ihre Ansprüche zu befriedigen und fürchten immer, nicht zu genügen. Dann machen sie uns klar, daß Männer gefährlich sind und wir Männer zum Schutz gegen Männer brauchen. Wenn Männer uns nicht von ihresgleichen beschützen können, müssen wir uns schämen und erniedrigt fühlen.

Männliche Siege und Errungenschaften bezahlen immer zuerst die Frauen. Männliche Niederlagen und Unfähigkeiten erst recht.

Noch ein Szenario: Der Krieg ist aus. Wir sehen ein Bett in dem eine Frau und ein Mann liegen. Sie wurde mehrmals vergewaltigt und hat viele Vergewaltigungen mitangesehen. Er hat vergewaltigt und bei Vergewaltigungen zugesehen. Sie verdächtigt ihn. Er verdächtigt sie. Sein Schwanz ist noch heil und selbstverständlich steckt er in ihr. Ihre Scheide ist tot und selbstverständlich merkt er das nicht. Und es herrscht Schweigen, ihr überlebtes Leben lang.



Sanitätsstation der FRETILIN

Osttimor: Neue Kämpfe

Im Dezember 1975 überfielen indonesische Truppen den Ostteil der Insel Timor-Osttimor. Die Bevölkerung dort bereitete gerade ihre Unabhängigkeit von Portugal vor. Seit September 1975 kontrollierte die Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN die Insel, nachdem die portugiesischen Kolonialbehörden sich zurückgezogen hatten. In den folgenden Jahren sind ca. 200.000 BewohnerInnen Osttimors (das ist ein Viertel der gesamten Bevölkerung) getötet worden. Bis heute hat die UNO die indonesische Annektion Osttimors nicht anerkannt. Die indonesische Besatzungsmacht muß noch immer mit militärischem und zivilem Widerstand rechnen.

Xanana Gusmao - im November gefangengenommener Kommandant der FALINTIL

(TATblatt)

In einem neuen außer Landes geschmuggelten Lagebericht berichtet die Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN von sechs militärischen Zusammenstößen im Zeitraum von 27. November bis 23. Dezember. Bei den Kämpfen sollen mindestens 78 indonesische Soldaten und Offiziere getötet worden sein. Dieser Bericht widerspricht den bisherigen Angaben der indonesischen Behörden, daß seit der Gefangennahme des langjährigen FALINTIL-Kommandanten (militärischer Arm der FRETILIN) Xanana Gusmao im November 1992 die Kämpfe abgeflaut seien. Die indonesischen Militärs bezeichneten die Guerillabewegung als "verlorenen Haufen", seit der Gefangennahme sollen sich mehr als 1000 FALINTIL-KämpferInnen ergeben haben.

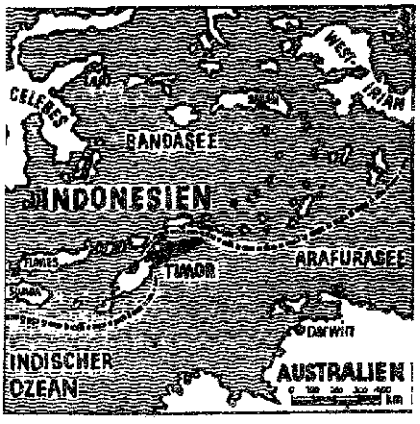
Der Bericht gibt weiters mehrere Fälle von zivilem Widerstand, das Hissen der Fahne Osttimors, an. Der Exilsprecher von FRETILIN gab Ende Jänner bei einer Pressekonferenz in Australien weitere Details bekannt. Er berichtete von weiteren sechs Zusammenstößen im Dezember und zehn solcher im Jänner. Gleichzeitig veröffentlichte er eine Liste mit den Namen von 52 timoresischen ZivilistInnen, welche seit der Verhaftung von Xanana Gusmao "verschwunden" sind.

Amnesty International wieder in Indonesien zugelassen

Nach dem Ende eines 15 Jahre andauernden Banns nahm ein Vertreter von Amnesty International (AI) an einem von der UNO veranstalteten Seminar über Menschenrechte in der Asien-Pazifik-Region teil. Am Rande der Tagung in Jakarta (Hauptstadt Indonesiens) berichtete er über die Anliegen seiner Organisation in Indonesien. AI sieht wenig Fortschritte in den letzten Jahren, noch immer gibt es schwere Menschenrechtsverletzungen insbesondere in Osttimor und Aceh (einer Region im Norden, wo es eine lange Tradition des Widerstandes gegen die Zentralregierung gibt).

AI berichtete über Folter, poltische Morde, willkürlichen Verhaftungen und das "Verschwindenlassen" von Oppositionellen.

Der Vertreter von AI appellierte an die indonesischen Behörden ihm ein Visum für die Dauer des Prozesses gegen den im November 1992 verhafteten Guerillakommandanten Xanana Gusmao zu gewähren. Nach Berichten aus indonesischen Militärkreisen soll der Prozeß in der ersten Februarwoche in Dili, der Hauptstadt Osttimors, beginnen. Westliche Diplomaten kündigten an, daß auch die EG ProzeßbeobachterInnen entsenden wird. ●



Mag. Walter Rill, Vetreter Österreichs in der Weltbank, sah sich vor einem Jahr schon einmal herber Kritik ausgesetzt. Damals stimmte er für das Wasserkraftwerk Pak Mun in Thailand, das gegen den Widerstand der Bevölkerung kurz nach einem Militärputsch durchgesetzt wurde. Die Vertreter der USA, Australiens und der BRD waren dagegen, Kanada hatte sich der Stimme enthalten. Österreich war dafür, weil VÖEST, Elin und Elektro Bau AG dafür waren. Ein Monat vor der Abstimmung hatten sie schon die Lieferverträge abgeschlossen. Nach der Abstimmung in der Weltbank gab dann die Kontrollbank ihre Zustimmung zur Haftung.

Sardar Sarovar in Indien

Österreichischer Vertreter in der Weltbank stimmt erneut für Katastrophen-Staudamm

(TATblatt-Wien)

Grundlage der Gegner innerhalb der Weltbank waren Umweltverträglichkeitsuntersuchungen, die die Vertreibung von Menschen und ökologisch negative Folgen (ein Teil des Stauraums befindet sich in einem Nationalpark) bestätigten. Österreich gab sich mit der Zusage der thailändischen Elektrizitätsgesellschaft EGAT zufrieden, daß die von der Weltbank geforderten Auflagen eingehalten würden. Im März 1992 sprengte EGAT mehrere Stromschnellen im Kaeng Ta Na Nationalpark, deren Erhaltung von der EGAT zugesagt worden war. Die Vertreibung der Bevölkerung nimmt ihren Gang.

Am 23 Oktober 1992 stimmte die Weltbank erneut über ein katastrophales Staudamm-Projekt ab: Sardar Sarovar in Indien. Sardar Sarovar ist einer der größten von ca. 3.200 Staudämmen, die im Narmada-Tal in den Bundesstaaten Gujarat, Madhya Pradesh und Maharashtra gebaut werden sollen. 234 Dörfer mit über 100.000 EinwohnerInnen werden durch dieses Betonmonster vertrieben, von dem bisher ca. 15% gebaut sind. Nur durch ein Wunder waren die Monsunregenfälle 1991 nicht so stark, sodaß der teilerrichtete Damm nur wenig Wasser aufstaute. Bei normalen Regenfällen wären die EinwohnerInnen, die nach wie vor im Stauraum leben, ertrunken.

Der massive Widerstand der Bevölkerung wird mit brutalsten Polizeimethoden bekämpft. Trotzdem hatte die Regierung bisher keinen Erfolg den Stauraum zu räumen. Die überwiegende Zahl der Ansässigen hat erklärt, sich bei der Flutung überschwemmen zu lassen und lieber zu ertrinken als fortzuziehen.

Die Stimmung unter den Vertretern in der Weltbank war vor der Abstimmung über Sardar Sarovar noch nie so unsicher, wie in diesem Fall. Der entschlossene Widerstand der indischen Bevölkerung war ein Grund. Zudem hatte die Weltbank ein Untersuchungsteam in das Narmada-Tal entsandt, das die ärgsten Befürchtungen bestätigte. Der Bericht des Leiters Bradford Morse sagte eindeutig, daß das Projekt gestoppt werden sollte und derzeit undurchführbar sei, es sei denn "unakzeptable Methoden" würden angewendet. Die Weltbank-Angestellten versteckten den Bericht vor der Öffentlichkeit und verwendeten Auszüge daraus in einem falschen Kontext. Kurz vor der Abstimmung wandte sich Morse öffentlich gegen die Verfälschung seines Berichts.

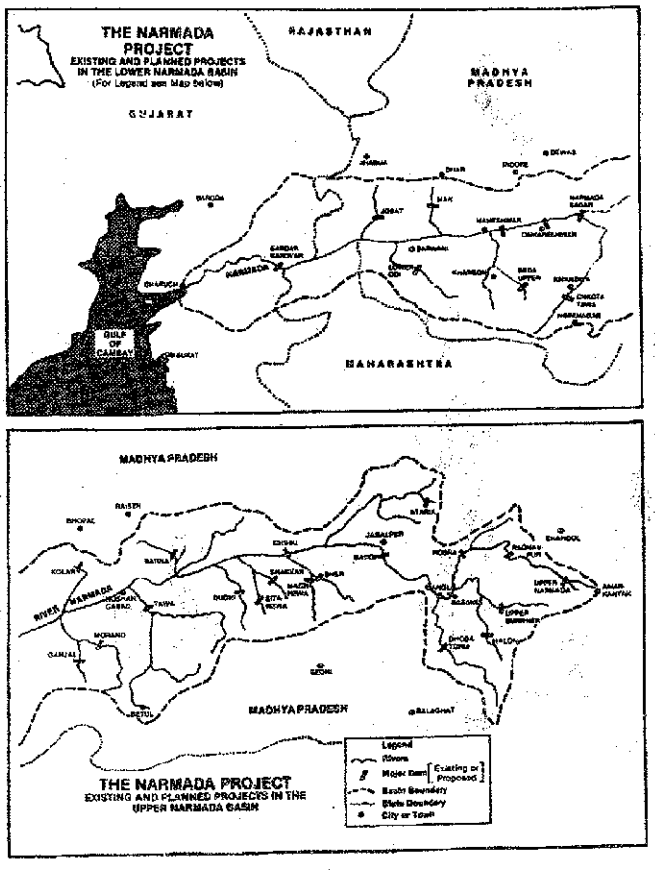
Ungefähr gleichzeitig gelangte ein anderer interner Bericht von A. Wapenhans an die Öffentlichkeit. Demnach sind von allen Projekten der Weltbank seit ihrem Bestehen mindestens ein Drittel absolute Mißerfolge, und zudem ist die Tendenz eine stetig steigende. Zu einem wesentlichen Teil ist das Personal der Weltbank selbst und deren Umkreis verantwortlich, da diese Projekte auch ohne Chance auf Erfolg befürworten, damit sie in ihren persönlichen Karrieren aufsteigen. Die Projektmanager lügen ungeniert bei fehlgeschlagenen Projekten.

Unter diesen Vorzeichen nahm die Abstimmung über Sardar Sarovar ihren Lauf und endete mit 55% für eine Weiterfinanzierung, darunter die Stimme von Walter Rill. Die USA, Kanada, Australien, Japan, die BRD und die Nordischen Länder (Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Island) stimmten gegen das Projekt.

Walter Rill mag, wie bei Pak Mun, eine Weisung des Finanzministeriums erhalten haben. Schließlich hatte Wirtschaftsminister Schüssel, ein treuer Verbündeter der Betonlobby, bei einem Staatsbesuch in Indien im Oktober 1992 "Große Kooperationsmöglichkeiten im Bereich Kraftwerksbau, weil Indien in den nächsten Jahren 45.000 MW ausbauen möchte" geortet. Und da ist wieder einmal die Vöest (traditionell seit den 50er Jahren) ganz vorne mit dabei. Ein weiterer Faktor ist die Verbund-Plan, die bei der Ausschreibung für den nächsten Narmada-Superdamm Narmada Sagar an erster Stelle in der Liste der möglichen Kontraktnehmer in ihrem technischen Bereich ist.

Doch auch die Länder, die gegen Sardar Sarovar stimmten, besitzen Kraftwerksindustrien. ABB, der größte Elektroanlagenkonzern der Welt, ist in Schweden ein Machtfaktor. Norwegen ist der Stammsitz der Turbinenfirma Kvaerner, die weltweit diesen Markt zu 15 bis 20% kontrolliert. Und Japan mit seinen riesigen Konzernen (Hitachi, Mitsubishi, u.a.), die nicht nur ganze Kraftwerke in die Landschaft setzen, sondern mit die Bankfinanzierung selbst besorgen?

Es gibt keinen "objektiven" Grund, warum Norwegen oder Schweden gegen und Österreich für Sardar Sarovar stimmten.



Die schrecklichen Auswirkungen der Narmada-Projekte, sowie der massive Widerstand in Indien und auch von verschiedenen Gruppen in den Industrieländern, dürften für manche wohl ausgereicht haben.

Die "subjektiven" — wahrhaft jämmerlichen — Gründe wurden durch die Wapenhans-Untersuchung erstmals auch Weltbank-intern zu Kenntnis genommen. Weder für die österreichische Umwelt- und Solidaritätsbewegung, die sich um ein österreichisches Nein zu Pak Mun und Sardar Sarovar bemühte, noch für die Betroffenen vor Ort, ist das ein Trost für das nun folgende Elend.

Der österreichische Exekutivdirektor in der Weltbank, Mag. Walter Rill, erwartet auch Stellungnahmen zu seiner Stimmabgabe am 23.10.92.

Die Namen der Exekutivdirektoren, die gegen Sardar Sarovar stimmten, sind: Patrick Coady (USA), Jorunn Maehlum (Norwegen, für die Nordischen Länder), John Cosgrove (Australien), Fritz Fischer (Deutschland), Frank Potter (Kanada) und Yasuyuki Kawahari (Japan).

Adresse aller Direktoren:
The World Bank
1818 H Street NW
Washington DC 20433
USA

Kraftwerke in der Dritten Welt:

Österreichs Firmen aktiver denn je

Seit dem Erscheinen von "Katastrophen Hilfe" vor eineinhalb Jahren hat sich nur eines geändert. Lobbyisten-Magazine, die als primäre Quellen für die Untersuchung verwendet wurden, sind von Meldungen über neue Projekte in der Dritten Welt praktisch leergefegt. Zudem zeichnet sich die Politik der Kraftwerksexporteure ab, nur mehr Projekte in solchen Ländern zur Eigenwerbung zu verwenden, wo es entweder keine Umweltbewegung gibt, oder kaum etwas über die Auswirkungen bekannt ist. In die erste Kategorie fallen etwa der Iran oder Ägypten, in die zweite die Volksrepublik China. Über Auftragskeilerei in sensiblen Märkten, wie Thailand oder Indonesien, wird Stillschweigen bewahrt.

(TATblatt-Wien)

Tatsächlich ist die Kraftwerkslobby jedoch dynamisch auf der Suche nach neuen Desastern ökologischer, sozialer oder finanzieller Natur. Von Umstrukturierung weg von der einseitigen Ausrichtung auf Kraftwerksbau, wie sie z.B. die Elin zu Beginn der 80er Jahre ankündigte, kann auch weiterhin nicht die Rede sein.

In den letzten eineinhalb Jahren wurden mindestens 22 neue Projekte von österreichischen Firmen geplant oder gebaut. Schwerpunkt der bekannten Projekte war China. Die dort abgeschlossenen Lieferverträge basieren vollständig auf Exportsubventionen aus dem Bundesbudget.

Das Finanzministerium verweigerte 1992 noch immer parlamentarische Anfragen zu Exportsubventionen und Haftungen der Kontrollbank. Allerdings befanden sich die Anlagenbauunternehmen in großer argumentativer Not, da das Finanzministerium vorübergehend restriktiver agierte. Deshalb gaben die Austrian Industries (inkl. Vöest, SGP, Elin, Waagner Biro, u.a.) beim Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO eine Studie in Auftrag.

Die Studie kommt zum Schluß, daß der Wirtschaftsforschung nicht genügend Informationen zur Verfügung stehen, um das Pro (Technologie, Markterschließung) und das Contra (alternative Mittelverwendung) von Soft Loans (subventionierten Exportkrediten) endgültig gegeneinander abzuwägen. Grund genug für das Finanzministerium, den Geldhahn voll aufzudrehen.

Allein China erhielt für 1992 eine Milliarde Schilling Soft Loans. China bezahlt — wenn überhaupt — den Kredit in den nächsten 18 Jahren mit 4,5% Zinsen ab. Die Differenz zum kommerziellen Zinssatz, den die österreichischen Banken China verrechnen, wird aus dem Bundesbudget fließen.

Der deutsche Multi Voith (Minderheitsbeteiligung Bank Austria) fordert denn auch nicht eine, sondern drei bis vier Milliarden alleine für China. Voith rechnet in China mit Aufträgen von 600 bis 800 Mio. öS pro Jahr.

Die Exportsubventionen und Kontrollbank-Haftungen hinterließen schon bisher eine "Blutspur" im österreichischen Staatshaushalt. 1992 kosteten nur die laufenden Subventionen für Exportkredite 582 Millionen Schilling. Da aber zugleich jede Menge Kredite gar nicht zurückgezahlt wurden und abgeschrieben werden mußten, kosteten die Ausfälle noch einmal vier Milliarden öS. 1991 betrugen die Ausfälle sogar 5,1 Milliarden, die Suventionen 400 Millionen. Bei einem Gesamtbudget der Republik Österreich von 60 Milliarden (ohne Autobahnbau-Sonderfinanzierung, die noch einmal ein paar Milliarden ausmacht) beträgt die Exportsubventionierung von ungefähr 10 bis 15 Großunternehmen fast zehn Prozent des Staatshaushalts.

Darin sind nicht die Beiträge an die Weltbank und andere Entwicklungsbanken, die UNO und die Entwicklungshilfe eingeschlossen. Gerade in der staatlichen Entwicklungshilfe ist die totale Unterordnung aller wirtschaftlichen und sozialen Interessen unter die Industrieanlagenbauer zu erkennen. Im offiziellen Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe des Bundeskanzleramtes heißt es unmißverständlich: "In den vergangenen Jahren wurde versucht, einen Schwerpunkt Energie aufzubauen... Der Bau großer Wasserkraftwerke ist ein zukunftsträchtiger Bereich des Zusammenwirkens der technischen Hilfe und verschiedener Formen der Finanzhilfe. Die österreichische Industrie hat in diesem Sektor reiche Liefererfahrungen und ist am Weltmarkt konkurrenzfähig... Weltbank-Kofinanzierung und Entwicklungshilfe-Kredite sind adäquate Finanzierungsinstrumentarien, der technischen Hilfe kommt die Identifizierungs- und Begleitfunktion zu."

Die praktische Folge ist, daß China derzeit der Hauptempfänger staatlicher Entwicklungshilfe ist. Die "Hilfe" an China sind die subventierten Prozente der Exportkredite. Damit sollen sich Elin, Voith, Vöest, aber auch die Bank Austria, CA und Raiffeisen Zentralbank goldene Nasen verdienen.

1993 wird jedenfalls ein Jahr der Rekordsubventionen. Das Finanzministerium kündigte Exportkredite und Haftungen für mindestens zehn bis zwölf Milliarden öS für dieses eine Jahr an, wobei je zwei auf China und Tunesien entfallen werden. Weitere sind Indonesien und Malaysia mit mindestens einer Milliarde.

Daß bei diesen enormen Mitteln wieder einmal jede Menge Kraftwerksaufträge abfallen, versteht sich von selbst. Waagner Biro will in Asien Kohle- und Ölkraftwerke, aber auch Komponenten für Kernkraftwerke liefern. Voith im Iran und China; Doka verstärkt in ganz Lateinamerika, in China und beim Lesotho Highlands Water Project; Vöest sowieso überall; die Planungsgesellschaften der E-Wirtschaft in der Türkei; Elin, Andritz, und alle anderen werden mit vollen Händen zugreifen.

Bilanzprobleme der Firmen sind damit vorerst Schnee von gestern. In den Austrian Industries sind schon bisher — nur wegen der indirekten Subventionierung durch Exportkredite — der VA-Industrieanlagenbau und die Vöest Alpine MCE (Turbinen, etc.) die einzigen positiven Bereiche. Und auch die in den letzten Jahren schwer defizitäre Waagner Biro setzte 1992 50% der Produktion in Asien und weitere 10% im Nahen Osten ab und ist dank Lacina wieder liquid.

Nur die Strabag erwischte es in letzter Zeit. 1991 war es bei einem (vom Tochterunternehmen Strabag-Hungaria) angestrebten Auftrag für ein Wasserkraftwerk in Kenya zu Verzögerungen gekommen. Daraufhin sank der Gewinn pro Aktie drastisch von 124 auf 70 öS. Aber gemäß dem langjährigen Motto österreichischer "Top-Manager" — mit EINEM Messer im Rükken geh' ich noch lange nicht nach Hause — bietet die Strabag in der Türkei beim Berke-Damm fleißig mit. Und wenn es nichts wird: der Finanzminister hat immer ein offenes Ohr für Härtefälle.

Nazi-Lehrer raus!

Wie erst jetzt bekannt geworden ist, wurden vor ein paar Wochen an den Mauern beim Eingang zur Handelsakademie in Floridsdorf (Franklinstraße) Aufschriften wie "Nazi-Lehrer raus!", "Nazi-Fritz raus!" und ähnliche angebracht.

Anlaß dafür ist der bekannte und aktive Rechtsextremist Herbert Fritz, der an dieser Schule Politische Bildung(!) unterrichtet. Herbert Fritz, langjähriges führendes NDP-Mitglied, war einer der Gründer der Liste "Ausländer halt". Daß solche Lehrer unterrichten dürfen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in "unserem" Schulwesen.

Ein erläuternder Beitrag zur Arbeit Herbert Fritz's erschien am 7.11.1992 in der Zeitung "Standard".

Unbürokratische Sammelaktion in Wien:TäterInnen unbekannt

Straßensammelaktionen haben in Wien Tradition: Ob für das Rote Kreuz, für den Stephansdom oder Nachbar in Not; wo auf den Straßen gesammelt wird, da kommt etwas zusammen.....

So oder so ähnlich dürften jene unbekannten SammlerInnen gedacht haben, die vergangenen Dienstag (26.1.1993) einen Schritt Richtung BürgerInnen gemacht und auf offener Straße Unterschriften für das FP-Rassismus-Begehren gesammelt haben. Die unbürokratische Aktion dürfte von den BürgerInnen dankbar aufgenommen worden sein, denn nicht wenige machten laut Schweizer Teletext-Redaktion von der Möglichkeit, sich offen als RassistIn zu deklarieren, Gebrauch. Als die von einem mißtrauischen Zeitgenossen alarmierte Polizei am Ort des schändlichen Treibens eintraf, hatten sich die Unterschriften-WerberInnen bereits unerkannt über alle Häuser gehaut. Davon wissen aber all jene, die schon unterschrieben hatten, selbstverständlich nichts, sodaß die Aktion als voller Erfolg gewertet werden darf. Die allerwertesten Unterschriften-SammlerInnen werden hiermit höflichst gebeten, sich zu ihrem schändlichen Treiben mittels Erklärung zu bekennen. Wieviele Unterschriften habt ihr? Und was gedenkt Ihr damit zu machen?

Oberster Gerichtshof unterstützt Abtreibungsgegner in den USA

Mit einer 5 zu 4 Stimmenmehrheit verbot der Oberste Gerichtshof der USA den Bundesgerichten gegen die Blockaden von Abtreibungskliniken vorzugehen. Dabei beriefen sich die HöchstrichterInnen auf ein Gesetz aus dem Jahr 1871 zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte. Damit setzten sie jene Urteile der Bundesgerichte außer Kraft, die gerade die Frauen, die abtreiben "wollen", als eine 'zu beschützende Klasse von Menschen' einstuft. Diese Urteile berufen sich ebenfalls auf das Gesetz von 1871. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bedeutet für die BetreiberInnen von Abtreibungskliniken, daß sie sich direkt an die lokalen Polizeikräfte wenden müssen. Diese sehen sich aber aus Personalmangel von vornherein außerstande, dieser Aufgabe nachzukommen. Einzige Möglichkeit, diese Regelung, die von einem US-Richter mit der Entstehung des Ku-Klux-Klans verglichen wurde, zu umgehen, sehen die AbtreibungsbefürworterInnen in den Vollmachten des Präsidenten (Diese Regelung wurde übrigens auch zur Bekämpfung rassistischer Übergriffe in den 50er Jahren angewandt). Fraglich ist nur, ob der neugewählte Präsident diese Machtbefugnisse im Sinne der Abtreibungsbefürworter ausübt.

Rettet Freedonia

PolitikerInnen mögen viel nicht wissen, aber immerhin sind sie hervorragend in politischer Landeskunde ausgebildet. Diese Tatsache konnte mensch in einer US-Talkshow bewundern. Auf die Frage, was die US-Regierung gegen die ethnischen Säuberungen in Freedonia (ein fiktiver Staat aus einem Marx-Brothers Film) unternehmen werde, konnten die PolitikerInnen (allesamt Kongreßabgeordnete) mit konkreten Vorschlägen aufwarten. Die Lösungen des Problems reichten von der Notwendigkeit, die UNO in dieser Sache einzuschalten über die sofortige Unterstützung der Minderheiten bis zu der wirklich tiefgreifenden Aussage, daß die Situation tatsächlich eine sehr, sehr traurige sei. Weiters konnte mensch in dieser Talkshow erfahren, wie wichtig ihnen die Probleme der WählerInnen sind. Auf eine Anfrage, ob er Hunde oder Katzen bevorzuge, beteuerte ein Kongreßmitglied, daß er beide gleich schätze, obwohl er zwei Hunde habe, dadurch die Menschen, die Katzen lieber hätten, aber nicht beleidigen wolle. In diesem Sinne fordern wir alle österreichischen PolitikerInnen auf: Deklariert Euch, seid Ihr Hunde- oder Katzenfreunde?

Gefährliches Spucken

Der AIDS-kranke Curtis Weeks, in Texas wegen Diebstahls inhaftiert, bekam zusätzlich 99 Jahre Haft, weil er einen Wächter, der ihn nicht auf die Toilette gehen lassen wollte, angespuckt hat. Die Anklage lautete auf Mordversuch. Weeks Berufung wurde zurückgewiesen; jetzt sorgt sich die American Civil Liberties Union's Aids Project um seinen Fall. "Ohne Zweifel der unglaublichste AIDS-Fall, den wir bisher erlebt haben", meint William Rubenstein, der Leiter des Projekts.

Schwulenberatung in Kärnten

Vorerst ohne Trägerverein läuft das Beratungstelefon für Schwule auf privater Basis in Kärnten. Jeden Mittwoch von 18 Uhr bis 20 Uhr steht dieser Beratungsdienst unter der Telefonnummer 0463/504 690 zur Verfügung. Schriftliche Anfragen können an das Postfach 193, A-9021 Klagenfurt, gerichtet werden.

Abweichendes Verhalten Heterosexualität!

Das 1 1/2 stündige Seminar zum Thema Homosexualität, das von AktivistInnen der Lesben & Schwulen AG am 17.11. auf der Linzer Sozialakademie gestaltet wurde, hätte eine Informationsveranstaltung wie viele andere dieser Art auch werden können. Wenn nicht als Einstieg das Thema umgedreht worden wäre: Die SchwuLesben vorne am Podium befragten ihre ZuhörerInnen über ihre Heterosexualität: Wann seid ihr draufgekommen? Wie geht's euch damit? Macht ihr das auch öffentlich? Seid ihr verführt worden? Habt ihr nur Sex, wenn ihr Kinder zeugen wollt?...

Was als simples Rollenspiel gedacht war, mußte schon nach kurzer Zeit abgebrochen werden: Die Aggression der SeminarteilnehmerInnen wurde zu groß. All die toleranten und aufgeschlossenen angehenden Sozialmenschen konnten sich nur noch in hilflose Aggression flüchten, sobald die übliche Rollenverteilung nur für kurze Zeit umgedreht wurde und sie sich dem Thema von der anderen Seite nähern mußten, ihre Heterosexualität (wenn auch nur im Rollenspiel) zu rechtfertigen und zu begründen hatten. Eine nicht uninteressante Erfahrung.

Terror gegen assyrische ChristInnen in Nordwest-Kurdistan

Einem Überfall auf einen Kleinbus fielen am 13.Jänner dieses Jahres 5 Menschen im türkisch besetzten Teil Kurdistans zum Opfer.

Zwei von assyrischen Christen betriebene und ausschließlich zwischen assyrischen Dörfern verkehrende Busse wurden von unbekannten Männern auf der Landstraße angehalten und aus Maschinengewehren beschossen. Unter den Opfern der zwei Anschläge befanden sich der Bürgermeister eines von assyrischen ChristInnen bewohnten Dorfes sowie zwei in der BRD lebende Funktionäre demokratischer assyrischer Vereinigungen.

Die Organisationen, deren Funktionäre dem Anschlag zum Opfer gefallen waren, verdächtigen von der türkischen Regierung unterstützte und mit Waffen ausgerüstete paramilitärische Organisationen wie die "Dorfschützer" oder die "Partei Gottes" der Täterschaft. Ziel scheint es gewesen zu sein, einerseits die assyrische Bevölkerung in Panik zu versetzen und sie zum Verlassen der Region zu veranlassen, und andererseits antifaschistische Organisationen, die in Westeuropa auf die Verbrechen der türkischen Regierung aufmerksam machen, einzuschüchtern.

In einer Aussendung bezeichnen die "Assyrische Demokratische Organisation" und der "Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland" die Politik der türkischen Regierung als Politik der ethnischen Säuberung.

Türkei: Prozeß gegen fortschrittliche AnwältInnen

Am 22.Februar beginnt vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul ein Prozeß gegen sechs AnwältInnen. Den Betroffenen wird vorgeworfen, mit Kurierdiensten den Kontakt zwischen dem Zentralkomitee von "Devrimci Sol" (Revolutionäre Linke) und inhaftierten Angehörigen der Organisation aufrechterhalten zu haben. Weiters sollen in den Wohnungen der am 16./17.April 1992 in Istanbul von der Polizei ermordeten Angehörigen

Devrimci Sol's handschriftliche Lebensläufe sowie Photos der Angeklagten gefunden worden sein.

Die beschuldigten AnwältInnen, die gemeinsam ein "Rechtsbüro des Volkes" führen, stellen in einer Aussendung fest, daß alle "Beweise", die gegen sie vorgebracht werden, aus mit Folter erzwungenen und später widerrufenen "Geständnissen" anderer Angeklagter stammen. In allen Fällen ist der Foltervorwurf mit medizinischen Gutachten belegt.

Die sechs AnwältInnen (eine davon ist Mitbegründerin der Menschenrechts-Vereinigung "Özgür Der") wollen sich am 22.Februar "auf gar keinen Fall in die Rolle der Angeklagten drängen lassen. (...) Wir werden den Prozeß in eine Anklage und Warnung gegen den Staat verwandeln (und) alles verteidigen, was gerecht ist."

Das "Informationszentrum für freie Völker" in Köln ruft auf, ProzeßbeobachterInnen nach Istanbul zu entsenden. Weiters wird um Solidaritäts- und Grußbotschaften gebeten.

Vom TATblatt bekommen sie eine! Hoffentlich auch von anderen Personen und Organisationen aus Österreich....

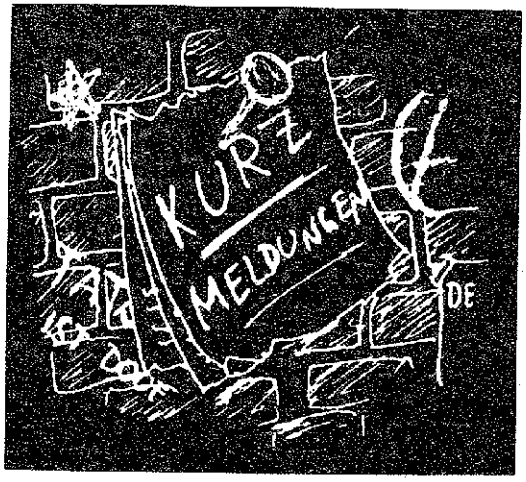
Adresse:
Informationszentrum für freie Völker
Teichstraße 16e
BRD-5000 Köln
Tel.: 060221/53 12 78 (FAX: 53 17 00)

Bananenkrieg EG vs. Süd- und Mittelamerika

Mitte Dezember vergangenen Jahres verhängte die Europäische Gemeinschaft dem GATT-Abkommen widersprechende Importrestriktionen für Bananen aus Süd- und Mittelamerika. Für diese sogenannten "Dollarbananen" wurde ein Importplafond von 2 Mio Tonnen jährlich eingezogen. Mit dieser protektionistischen Maßnahme wollen die EG-Ländern eigene Produktionen (z.B. der Spaniens auf den kanarischen Inseln) bzw. solche aus von ihnen direkt abhängigen Länder (etwa frühere Kolonien in Afrika und der Karibik) vor den billigeren und qualitativ höherwertigen Bananen aus Süd- und Mittelamerika schützen.

Der beschlossene Plafond ist um 25% niedriger als die Höhe der EG-Bananenimporte aus den betroffenen Ländern des Jahres 1992. Er trifft vor allem Kolumbien, Ecuador und Costa Rica, als diese Länder nach dem Zusammenbruch des Kaffeepreises und angesichts der Öffnung der Märkte in Osteuropa den Bananenanbau forciert haben. Die Geldmittel dazu stammten aus Krediten, die nun trotz Plafond zurückbezahlt werden müssen!

Sollte sich die EG nicht zu Verhandlungen und einer einvernehmlichen Lösung des Problems durchringen können, wollen die betroffenen Staaten allfällige Retourkutschen beraten. Gag am Rande: Die BRD stimmte als einziges EG-Mitgliedsland gegen Importrestriktionen für ihre Nationalfrucht.



Neulich bei den Piefkes

"Die deutsche Bundespost-POSTDIENST informiert:

Im März 1993 finden in Hessen Kommunalwahlen statt. Aus diesem Anlaß versenden die Parteien erfahrungsgemäß Postwurfsendungen mit politischem Inhalt, in denen sich der harte Widerspruch der verschiedenen Meinungen widerspiegelt.

Dazu stellen wir fest:

- **Mit dem Inhalt dieser Sendungen darf die DBP POSTDIENST in keinem Fall identifiziert werden.**
- **Gesetzliche Aufgabe** der Post ist es, **einen umfassenden Dienst** für Annahme, Beförderung und Zustellung von Postsendungen durchzuführen. **Dabei muß der Postdienst grundsätzlich für jedermann** zugänglich sein. Sie leistet damit einen unverzüglichen Beitrag für die Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens.
- Für die Annahme und den Postversand gelten **bindende gesetzliche Vorgaben.** Danach können Sendungen vom Postversand **nur ausgeschlossen werden, wenn sie gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstoßen.** In Zweifelsfällen wird dies durch Gerichte überprüft. Liegt kein Verstoß vor, müssen wir zustellen. Jedes andere Verhalten wäre unzulässige Zensur.
- Man muß jedoch **zwischen unserer Aufgabe** als Dienstleistungsunternehmen (Transport und Zustellung von Sendungen) **und der Einstellung des Unternehmens und seiner Mitarbeiter unterscheiden.**
- **Wir betonen, daß in manchen Fällen unsere Zusteller von Aussagen der Parteien ausdrücklich distanzieren. Dies gilt insbesondere für extremistische Parteien mit ausländerfeindlichen Parolen.**
- Bei der Post sind **viele ausländische Mitarbeiter** beschäftigt. **Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Kolleginnen und Kollegen ist gut.**

Mit freundlichen Grüßen
IHR POSTAMT"
Hervorhebungen im Original (Anmerkung TATblatt)

Israelische Faschos gegen Deutsche Faschos?

Dem bundesdeutschen Bundeskriminalamt BKA liegen angeblich Informationen vor, wonach Spezialeinheiten der rassistischen und rechtsradikalen israelischen Kach-Partei Faschos in der BRD bewaffnet anzugreifen wollen. Erste Killerkommandos der "jüdischen Verteidigungsliga" sollen bereits als TouristInnen in der BRD sein. In einem Interview mit der deutschsprachigen Ausgabe des Sexistenblatts "Playboy" erklärte einer der angeblichen Chefs des Unternehmens, das in der BRD bereits zwei Einheiten tätig seien. In der Startphase seien diese von bundesdeutschen Juden finanzierte Gruppen damit beschäftigt, Informationen über mehrere Dutzend Neonazis zu sammeln, Personen zu beschatten und Objekte auszuspähen.

Ein anderer, als Rabbiner bezeichneter Eingeweihter soll der Zeitschrift erklärt haben: "Es ist ein heiliger Krieg, den wir in Deutschland führen werden. Es geht gar nicht darum, die Juden in Deutschland zu schützen — die sollen nach Israel kommen. Wir wollen verhindern, daß die Nazis in Deutschland noch mehr Macht bekommen und unsere arabischen Feinde noch aktiver unterstützen."

Diese "Informationen" sind allerdings mit Vorsicht zu genießen: Praktische Unterstützung, etwa für den palästinensischen Widerstand, gibt es fast ausschließlich aus fortschrittlichen und linken antizionistischen Initiativen und Gruppen. Eine Schwächung "arabischer Feinde" durch Bekämpfung von Neonazis kann daher kaum stattfinden. Bis zum Beweis des Gegenteils scheint es daher ratsam zu sein, das Ganze als antisemitische Propaganda anzusehen; immerhin ist jetzt halb Deutschland auf der Jagd nach israelischen TouristInnen...

Schweiz verbietet Hitler-Gruß

Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz und Westeuropa haben die Schweizer Regierung veranlaßt, vom Parlament nicht nur die unverzügliche Ratifizierung des internationalen Abkommens von 1965 zur "Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung" zu erwirken, sondern auch spezielle Strafnormen gegen Rassismus ins Gesetz aufzunehmen. Sobald die Kantonskammer (etwa unser Bundesrat) ebenfalls zugestimmt hat, wird jegliche Rassendiskriminierung gemäß folgendem Strafartikel geahndet: "Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse oder Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe zu Haß oder Diskriminierung aufruft, wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf systematische Herabsetzung oder Verleumdung einer Rasse oder einer ethnischen oder religiösen Gruppe gerichtet sind, wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt, wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise Personen (...) in ihrer Menschenwürde angreift oder das Andenken von Verstorbenen verunglimpft, wird mit Gefängnis oder Buße bestraft." Im einzelnen erläuterte die Regierung: "Nicht jede Unmutsäußerung gegenüber Fremden soll strafbar sein, sondern die systematische Herabsetzung und Verleumdung, ebenso das Organisieren und Fördern von rassistischen Propagandaaktionen sowie ausdrücklich die Teilnahme daran". Einzig passives Zusehen soll straffrei bleiben, doch gilt bereits der öffentliche Hitler-Gruß nach Schweizer Recht als Propaganda für Rassismus.

Bezogen auf das in der Schweiz geltende Arbeitsrecht müßte nun die Regierung gegen sich selbst tätig werden: Hier ist fremde Staatsangehörigkeit ausdrücklich "sachlich haltbarer Grund für unterschiedliche Behandlung," um "die Überfremdung des Landes" unter Kontrolle zu halten mit der Begründung, die Wanderungsbewegungen würden künftig noch zunehmen, deshalb brauche die Schweiz hier Handlungsspielraum!

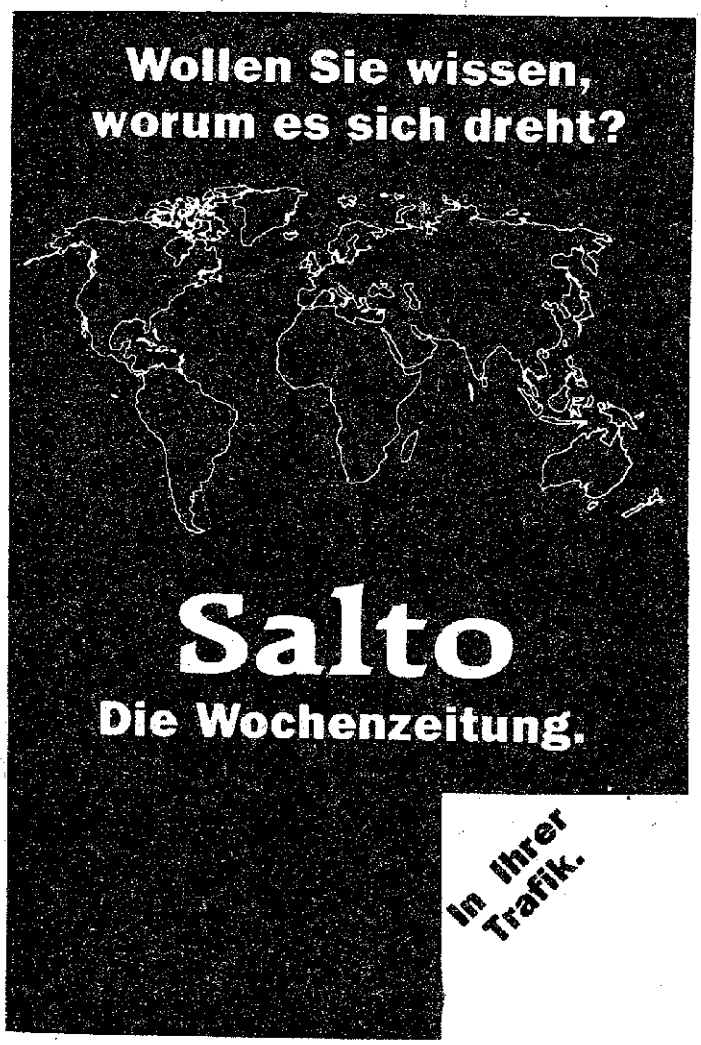
Italien: Gesetzesdekret gegen Rassismus

Mitte Dezember hat die italienische Regierung ein Dekret gegen rassistische und faschistische Bestrebungen verabschiedet. (Ein Dekret tritt unmittelbar in Kraft, muß aber zur Umwandlung in ein

Gesetz danach vom Parlament verabschiedet werden). Das Dekret, das vom Innen- und vom Justizministerium vorgelegt wurde, sieht in acht Artikeln unter anderem vor:

- Haft von ein bis fünf Jahren für "jeden, der aus Gründen ethnischer, nationaler, rassischer oder religiöser Feindseligkeit oder Diskriminierung öffentlich Personen oder Sachen verunglimpft".
- Unter die Aufstachelung zu rassistischer Diskriminierung sind auch einschlägige Transparente und Sprechchöre in Fußballstadien u. ä. gefaßt.
- Die Einrichtungen rechter Gruppen können präventiv beschlagnahmt und am Ende eines Prozesses eingezogen werden.
- Schon bestehende Strafen aus geltenden Gesetzen werden verschärft, z. B. für "Rechtfertigung des Faschismus" von bisher sechs Monaten bis zwei Jahren Haft auf jetzt ein bis vier Jahre. Höhere Strafen auch für Teilnahme an Veranstaltungen der "aufgelösten faschistischen Partei" (Verbot und Auflösung des Movimento Sociale Italiano — MSI, der sich immer als Nachfolgeorganisation der Mussolini-Partei verstanden hat und auch in der Öffentlichkeit so angesehen wurde, sind aber nicht vorgesehen.)

Die beschlossenen Maßnahmen sind unter dem Druck zahlreicher Kundgebungen gegen fremdenfeindliche Gewaltaktionen zustandegekommen. Dieser Druck hat bewirkt, daß sie gegen rechts und nicht auch gegen links gerichtet sind. Sicher hätten Polizei und Behörden auch nach der bisherigen Rechtslage gegen rassistische und faschistische Aktivitäten einschreiten können und müssen. Die neuen Bestimmungen dürften aber den Druck auf die staatlichen Stellen, tätig zu werden, erhöhen. In diesem Sinn wurde auch Anfang Dezember die Verhaftung eines Skins in Rom aufgenommen, der antisemitische Flugblätter verteilte. Die Verhaftung erfolgte erstmals nur auf Grund des Gesetzes 650 von 1975, das die Aufstachelung zu Rassenhaß unter Strafe stellt. Vorher wurde dieses Gesetz nur zusätzlich im Zusammenhang mit anderen Straftaten wie Körperverletzung, versuchter Mord u.a. angewandt.



Mit Schußwaffe gegen "Ladendiebe"

Reichlich Probleme bereitet die Berlinerin Franziska B. der Wiener Polizei: Am 28.Dezember vergangenen Jahres soll sie von einer Ladendetektivin beobachtet worden sein, wie sie in einer DM-Filiale in der Josefstädterstraße zu fladern versucht haben soll. Hinter der Registrierkasse entpuppte sich Franziska B. nach Meinung der Detektivin plötzlich als ganze Horde von ausländischen Kriminellen, die einem rein zufällig anwesenden Kiberer attackiert haben soll. Der Kiberer, ob der Gefahr für die Allgemeinheit nicht lange zögernd, zog die Dienstwaffe und Schoß angeblich in die Luft. Warum das Projektil selbstständig den Weg in den Boden außerhalb des Drogeriemarktes fand, ist nicht bekannt.

Die Horde ausländischer Kriminelier war wie vom Erdboden verschluckt, wie die TeilnehmerInnen einer Alarmfahndung später feststellten. Übrig blieb nur Franziska,... und ein Tränengasspray.

Doch hier fängt der eigentliche Krimi erst an: Da es einerseits keinen ernsthaften Grund gab, Franziska in Haft zu nehmen, andererseits aber immerhin ein Grund für den Pistolenschuß des Polizisten gefunden werden musste (Abendzeitungen widmeten sich dem physikalischen Phänomens des Projektils mit Eigenzielsuche), mutierte Franziska, die jede Aussage verweigerte, zum mutmaßlichen Mitglied einer bundesdeutschen Untergrundbewegung. Es folgte eine Anfrage beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden/BRD, die allerdings nichts besonderes ergeben haben dürfte (sehr verdächtig! Anm.Tb).

Warum wir das alles schreiben: Naja....; Franziska ist ein richtiges Glückskind. Allein in der Zeit vom 23.12.92 bis zum 10.1.93 beförderten österreichische Polizisten und Gendarmen 5 Leute ins Jenseits.

AmeriKKKa, L.A.: Die Angst vor den näxten Riots

Am 2. Februar, wird der Prozess, gegen die vier Bullen die den schwarzen Rodney King fast zu Tode geprügelt haben, eröffnet. Nach dem sie beim ersten Prozeß von der ausschließlich aus weißen bestehenden Jury freigesprochen wurden, lautet nun die Anklage: "Verletzung der Menschenrechte". Willie Williams, der Nachfolger Deryl Gates' als Polizeichef von L.A., ist jedenfalls für den näxten Freispruch gerüstet. Die gesamten Polizestreitkräfte von L.A. haben ein 16-stündiges Anti-Riot-Training hinter sich. Des weiteren hat Williams um eine Million Dollar angesucht. Für die Ausrüstung seiner Bullen mit Plastikgeschossen und Tränengasgranaten ...

Das Urteil wird frühestens in zwei Monaten erwartet.

bezahlte Anzeige

Und nun: Ein Gedicht

Obwohl ...

... die Su schon längst ist krepiert ... die KP seit ewig dahinvegetiert ... für Fortschritt und RevoluzzerInnenkampf ...
... es hier zu Lande gibt keinen Dampf ... sei bitte nicht so sehr irritiert ...

... im K.U.K.U. kriegst du noch immer dein Bier serviert!

(Hugo Hempel, 1. Preis im K.U.K.U. Literaturwettbewerb)

Das PensionistInnenheim für Anarchos, Kummerl und überhaupt alle, die mal etwas werden wollten ...!
K.U.K.U. Wien 6, Linke Wienzeile 98

TATblatt macht Druck!!!

und zwar wieder unter der alten Adresse

Montag bis Donnerstag von 15 - 18 Uhr

im TATblatt Büro
Gumpendorferstr. 157/11
1060 Wien

Tel.: (0222) 56 80 78

Für die Ankündigung einer Demo braucht ihr ein A3 Plakat?

Infos mit Flugblättern unter die Menschen bringen?

Einen Reader, Broschüren, ein gefaltztes Infoblatt, Zeitschriften produzieren?

Euch fehlt die Möglichkeit eure Sachen zu layoutieren?

Für all das ist euch eine Offsetdruckerei zu teuer?

Den Weg in den Copy-shop könnt ihr euch jetzt sparen!

TATblatt Druckerei:

Die Alternative zwischen Offsetdruckerei und Copy-shop!

bezahlte Anzeige

Um auch weiterhin unsere gesamte Infrastruktur am Leben zu erhalten, suchen wir weiterhin und ganz, ganz dringend Menschen, die sich selbst besteuern.

SOLI STEUER

... und so funktionierts:

Als Untergrenze der Solidaritätssteuer haben wir uns 50.- öS/Monat vorgestellt. Diesen Betrag könnt ihr nach Belieben erhöhen/vervielfachen.
Die Solisteuer überweist ihr uns dann einfach per Dauerauftrag auf unser Konto:
P.S.K. 7547.212
Empfängerin: Uabhängige Initiative Informationsvielfalt
Dann schickt ihr uns eine Postkarte mit eurem Namen + Adresse, damit wir euch das TATblatt auch zusenden können.
Bitte vergeßt nicht auf diese Postkarte, denn auf dem Dauerauftrag steht nicht eure Adresse !!!
Also überlegt euch, wie wichtig euch ein Medium wie das TATblatt ist (zwei Bier, ein Kinobesuch, ein Konzert, zwei Pakkerl Zigaretten, ein Doppler Wein ... /Monat sind für viele von uns kein Problem - wie wichtig ist uns ein linkes Projekt?) und helft uns massigst, um unser Vorhaben in die Realität umzusetzen.

Helft mit, damit die Nachrichten aus dem Widerstand auch wirklich an die Öffentlichkeit gelangen!!!

Neueste Infos zur Solisteuer:

Alles in allem benötigen wir 9.000-öS im Monat an Solisteuer um die gesamte Infrastruktur am Leben zu erhalten.
Zur Zeit erhalten wir 5.850-öS im Monat an Solidaritätssteuer.
(Ganz, ganz vielen Dank an alle SolisteuerzahlerInnen!)
Es fehlen momentan also noch rund 3.150-öS/ Monat.

Liebe + Kraft
das Tb-Kollektiv

papierTIGER

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hat: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.
Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Das Ende ist nah! Ist es nicht?

"Entweder grundlegende Reformen, klare Ziele, konkrete Vorstellungen über den Weg zur Erreichung der Ziele — oder aber kein TATblatt mehr..." Das haben wir in der minus20numer geschrieben. Eines dieser Ziele, und zwar das ökonomisch wichtigste, von dessen Erreichen die weitere finanzielle Überlebensfähigkeit mehr oder weniger abhängig ist, war jenes, bis Ende Jänner 150 neue Abos zu bekommen.

Nun: Die Zeit ist abgelaufen, das Ultimatum verstrichen, das Ziel, um es vorweg zu nehmen, nicht(!) erreicht. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses "Betrifft"s liegen noch keine endgültigen Ergebnisse vor, im Moment zeichnet es sich aber ab, daß wir die 150 Abos um schetzomativ ein Viertel verfehlt haben.

Es wäre also an der Zeit, logische Konsequenzen zu ziehen, also: aufzuhören, zuzusperren, zu sagen, es war nix!?

Eine Entscheidung, ein Projekt wie das TATblatt einzustellen, gehört aber sicherlich nicht zu jenen, die mensch leicht trifft. Irgendwie hängt für die meisten von uns doch sowas ähnliches wie das Herz daran, auch wenn das jetzt wahnsinnig individualistisch und wehleidig sentimental klingt. Und, was zumindestens in der Argumentation nach außen noch viel gewichtiger ist: das TATblatt stellt unserer Ansicht nach, mehr denn je, eine politische Notwendigkeit dar.

Irgendwie *wollen* wir gerade jetzt nicht "einfach so" aufhören.

Es gibt aber auch ein paar ganz rationale Aspekte, die in Betracht gezogen gehören:

Da wären einmal die Maßnahmen, die, anläßlich der Ultimatumssetzung, von uns zwar umgehend ergriffen wurden, die ihrerseits aber nur ziemlich zeitverzögert greifen, wie zum Beispiel die jüngste "große Werbekampagne": Tausende Gutscheinpostkarten für kostenlose 3-Nummern-Probeabos wurden in den letzten Wochen verteilt, mehrere Inserate in diversen anderen Zeitschriften enthielten ebenfalls solche Gutscheine. Die Rücklaufquote dieser Gutscheine ist für unsere Verhältnisse ungewohnt enorm. Es gibt Tage, da bekommen wir um die zwanzig Probeabo-Bestellungen. Da ein 3-Nummern-Probeabo aber, wie der Name schon verrät, 3 Nummern lang läuft, ist mit dem ersten bezahlten TATblatt-Abos leider erst nach frühestens sechs Wochen zu rechnen.

Gerade während der eben vorübergegangenen antirassistischen Aktionswoche wurden zahlreiche solcher Gutscheinpostkarten "zielgruppenorientiert" — also an Leute die sich noch nicht so viel engagieren, zu bestimmten Anlässen aber offenbar doch hinter dem Ofen hervorkriechen, die also einmal auf der Straße, später aber wieder nur mehr über eine Zeitung, die sie dann ständig dazu überreden will, doch wieder aktiv zu werden, erreicht werden können — verteilt.

Gerade zu einem Zeitpunkt wo hunderte (hunderte!) Leute am TATblatt Interesse zeigen, indem sie Probeabos bestellen, mit dem TATblatt aufzuhören, halten wir für ausgesprochen verfehlt.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir drücken uns noch einmal von der Entscheidung und verlängern das selbstgesetzte Ultimatum um eineinhalb Monate, um auch den ProbeabobezieherInnen noch die Möglichkeit zu geben, den Kopf des TATblatts im letzten Moment aus der Schlinge zu ziehen. Und wenn uns nicht die letzte statistische Wahrscheinlichkeit im Stich laßt, so ist es fast unmöglich, bis Mitte März die fehlenden Abos nicht zusammenzubekommen.

In diesem Zusammenhang wird auch die Abogeschenk-Aktion — in etwas eingeschränktem Ausmaß — verlängert. Allen, die noch kein TATblatt-Abo, ausgenommen ein kostenloses Probeabo, haben, und nun ein 20-Nummernabo bestellen und bezahlen (270 Öschis plus 15 Öschis Portospesen) schenken wir ein, aus der irgendwo nebenstehenden, oder aus Layout-Gründen sonstwo in dieser Ausgabe versteckten, Liste frei wählbares, Geschenk. Dieses Geschenk schenken wir auch allen, die Leuten, welche noch kein TATblatt-Abo haben, ein 20-Nummern-Abo schenken (denn denen, die schenken, wird geschenket werden, oder so ähnlich). Kein Geschenk verschenken wir allerdings mehr für die Verlängerung bestehender Abos.

Soviel zu unseren Abo-Zahlen. Das sah jetzt auf den ersten Blick vielleicht alles ein bisserl gewinnsüchtig, jungunternehmerisch, kryptokapitalistisch aus, ist es aber nicht. Wir sind noch keine autonomen Yuppies geworden, wir können uns bloß das TATblatt im Moment einfach nicht mehr leisten. Wir müssen ohnehin schon dafür bezahlen, um da arbeiten zu dürfen, anstatt umgekehrt (mensch kann sagen was mensch will, aber da haben stinknormale kapitalistische Betriebe selbstverwalteten, wie dem unsrigen, doch noch einiges voraus).

Kurz noch zu einem anderen Punkt: Nebst der Erhöhung der Abozahlen haben wir auch eine spürbare Erhöhung der MitarbeiterInnenzahl beim TATblatt als notwendig für den Weiterbestand des TATblatts, und erst recht als notwendig für die nach dem Sommer geplante wöchentliche Erscheinungsweise, die ihrerseits zur Notwendigkeit erhoben wurde, erachtet. Nun, die gewaltigen Scharen arbeitswütiger JungrevolutionärInnen haben den Weg ins TATblatt-Büro bislang nicht gefunden. Wir warten aber noch weiter, und hoffen, daß außer dir noch viele andere zum nächsten EinsteigerInnentreffen am Dienstag, dem 2. März 1993 ins TATblatt-Büro kommen.

In diesem Sinne: Bis dann halt. Es wird schon wieder werden. Liebe und Kraft mitaranander!
Einer vom TATblatt-Kollektiv

P.S.:

Einige haben sich schon beschwert, viele wollten es schon tun, doch bald gibt es keinen Grund mehr dafür: Die heiß ersehnten, aber schon allzulang ausständigen Abogeschenke kommen jetzt! Einige Geschenke konnten leider, weil wir sie auch viel zu spät bekommen hatten, nicht früher verschickt werden. Das Versäumnis wurde dieser Tage nachgeholt. Wir bitten um Tschuldigung!

Noch ein P.S.:

Die obige Darstellung unserer derzeitigen Situation wurde von einigen TATblattlerInnen als zu pessimistisch kritisiert. In Zeiten, in denen fast alle kritischen Zeitungen mit LeserInnenschwund zu kämpfen haben, ist eine Abovermehrung um — fast — 150 Stück kein Schmutz nicht, wird mir gesagt. So!

Wer möchte reich werden?

Zeitungen verkaufen ist keine lustige Sache — aber zumindest Knödl soll es bringen!

Wir suchen Frauen und Männer, die das TATblatt verkaufen wollen: in Beisln, vor der Uni, auf Demonstrationen oder Veranstaltungen etc...

Und was springt dabei raus?

Für jede der ersten vier Stunden gibts jeweils 95 Öschis — unabhängig davon, wie viele Zeitungen ihr verkauft habt (insgesamt also 380 Öschis). Ab dem 39sten verkauften Exemplar gibts (unabhängig vom Zeitaufwand) einen 10er extra.

Für alle, die das dealen mit TATblättern zum ständigen Nebenjob machen wollen, können wir eine Unfallversicherung abschließen.

Warum der Aufwand?

Wir wollen dieses Blatt wirklich an die Leute bringen — aber unsere bisherigen Erfahrungen mit Handverkaufsinseraten waren wenig hoffnungsvoll. Die Unsicherheit, vielleicht nur wenige Exemplare verkaufen zu können, und dann trotz Arbeit ohne Knödl dazustehen, ist wohl zu groß. Daher der Stundenlohn (vorerst zwar nur versuchsweise — aber verbindlich!). Wir denken, daß es auch bei wenig offensivem Verkaufsterror möglich sein muß, zehn Zeitungen in der Stunde unter die Leute zu bringen.

Wir warten.....

Ein ABO GESCHENK für alle NeuabonnentInnen

Es hat sich was geändert seit dem letzten Umstrukturierungsplenum des TATblatts (mehr dazu findet ihr im "Betrifft"). Die ursprünglich mit dem 31. Jänner befristete Abogeschenksaktion wurde bis Anfang März verlängert.

Neu ist: Ein Abogeschenk bekommen nur mehr neue Abonnentinnen. Der Grund liegt darin, daß das primäre Ziel dieser Aktion ist, unsere Abozahl zu erhöhen. Jene Personen, die bereits ein Abo haben und unbedingt doch ein Geschenk wollen, können weiter 20-Nummernabos an Freundinnen, Bekannte usw. verschenken. Ihr bekommt dafür ein Abogeschenk von uns, da ihr uns ja eineN neueN AbonnentIn 'geschenkt' habt

Doch nun zum technischen Teil der Angelegenheit:
Wenn ihr euch jetzt entschlossen habt ein Abo zu nehmen, zahlt den Betrag von ÖS 285,- mit beiliegendem Erlagschein (oder auch einem anderen) ein. Bringt einen Vermerk auf dem Erlagschein an, welches Geschenk ihr wollt. (Achtung: der Vormerk und eure vollständige Anschrift müssen auf der rechten Seite des Zahlscheins zu finden sein!! — Scheißts euch nix um die blöden Kastein)
Wenn ihr ein oder auch mehrere Abos verschenken wollt, füllt unbedingt den Abschnitt auf dieser Seite aus. Das sollte ungefähr zeitgleich mit der Einzahlung auf unser Konto passieren. Auf dem Erlagschein sollte auch ein Vermerk stehen.

Gebt uns bitte 2 Wünsche, welche ihr als Geschenk bekommen möchtet bekannt (etwa: 1. Wahl, 2. Wohl). Falls beide schon vergriffen sind, wird aus dem restlichen Gesamtbestand euer Geschenk verlost.
Zahlt bitte zusätzlich zur Abogebühr (ÖS 270,- für das 20-Nummernabo) ÖS 15,- für die Versandspesen ein.
Der Rechtsweg oder sonstige krumme Touren sind ausgeschlossen.

Die Geschenke:

von der Buchhandlung Südwind

- **35 mal "Die schwarze Abaya - Irakische Erzählungen"**

Express Edition; Gisela Aglaster-Herkner, Rita von der Grün, Barbara Hoffmann

"(....) Es gibt nur wenige Schriftstellerinnen im Irak. Uns ist es gelungen, von diesen Frauen, die kaum Veröffentlichungsmöglichkeiten in ihrem Heimatland haben und teilweise im Exil leben müssen, literarische Arbeiten zusammenzustellen. Erzählungen über die schwarze Abaya als Sinnbild alltäglicher Auseinandersetzungen - auch mit sich selbst, Erzählungen über die scheinbare Auswegslosigkeit eines Lebens zwischen Schleier und Aufbegehren."

von der Bürogemeinschaft Schottengasse

- **5 Jahresabos vom ZAM**
- **5 Jahresabos des EKG**
- **27 Exemplare "Achtung Staatsgrenze"**

"'Achtungs Staatsgrenze' ist eine 'Österreich ohne Heer' - Broschüre zum Themenkreis Migration, europäische militärische, gesetzliche und polizeiliche Flüchtlingsabwehr, Fremdenhaß und -angst."

von Thomas Prader und ProMedia Verlag

- **9 mal "Moderne Sklaven"**

Hrsg. Thomas Prader, Asyl- und Flüchtlingswesen in Österreich

"Dieses Buch will Kontrapunkt zur herrschenden ausländerInnenfeindlichen Stimmung sein, Beitrag zu einer Aufklärungskampagne, Mittel im politischen Kampf um eine gerechtere Welt."

von Thomas Prader

- **43 mal "Aufstand in Palästina - Besatzungsmacht Israel"**

Erich Prader, Grün-Alternativ Verlag

vom Reisebuchladen

- **3 mal "Raus aus der Sackgasse: Lesebuch zum Wandel im Osten"**

Bilder und Texte von Ernest Hauer und Franz Reithmayer, Verlag Kontrapunkt

von der Wochenzeitschrift "Salto"

- **14 mal 2-Monatsabos**

vom kasblatti

- **3 mal 10-Nummernabos**

"Jede Woche erscheinende 1-Blatt-ZeitunG aus Salzburg"

vom EZA

- **3 mal 200,- Gutscheine**

Achtung: diese Gutscheine gelten nur für das Geschäft in der Lerchenfelder Straße

von der Info-Verteiler Gruppe

- **5 Info-Verteiler Jahresabos**

von Rave Up Records

- **5 mal 150,- Warengutscheine**

von HOSI-Wien

- **5 Lambda-Jahresabos**
- **5 mal die CD: Das Stundenbuch (R.M. Rilke)**

Promis lesen Gedichte und machen Musik dazu

von der Juridicum-Redaktion

- **5 Juridicum-Jahresabos**

von der APIA

- **14 mal "Aufstand der Kulturen"**

von Leo Gabriel, dtv 1988

Konfliktregion Zentralamerika: Guatemala, El Salvador, Nicaragua. Eine Betrachtung der politischen Konflikte und der Volkskulturen der Regionen.

von den Autoren

- **3 mal "Österreichische Kraftwerke in der Dritten Welt"**

"Österreichs Firmen sind in der Dritten Welt dabei, wenn es um umweltzerstörende und menschenverachtende Projekte geht. Tausende Quadratkilometer tropischer Regenwald werden für riesige Kraftwerke unter Wasser gesetzt. Zehntausende Menschen werden vertrieben, oft durch Einschüchterungen, Folterungen, Militäreinsätze oder Todesschwadronen. Auch bei Atomkraftwerken sind Österreicher mit von der Partie, etwa in Brasilien und Argentinien, die seither eifrig an der Bombe gebastelt haben. (....)"

von der Linksspur-Redaktion

- **10 Jahresabos**

Die Zeitung des Sozialistischen Patientinnenkollektivs in Österreich.

von der ARGE DATEN

- **10 mal "aSoziale Daten - Informationsrecht im Sozialbereich"**

"Das Buch dokumentiert den größten Datenschutzskandal im Sozialstaat Österreich. Menschen landen mit Beschreibungen wie "sehr apathisch", "nicht sehr arbeitswillig", "sehr dick", "geistig und körperlich stark verlangsamt", "wirres, wegstehendes rotes Haar, "Zwergenwüchsig", "unansehnlich", "sehr provokant" im Computer. EDV wird damit zum menschenverachtenden Werkzeug der Bürokratie.

- **10 mal das BTX-Spiel**

Ein Brettspiel des Arbeitskreises Bildschirmtext.

TATblatt Geschenksabo

Ich

(Name der schenkenden Person)

(Adresse)

bestelle für

(Name der beschenkten Person)

(Adresse)

☐ **ein Abonnenment des TATblatts zu ÖS 270,- (20 Nummern)**

..... und zahle den Betrag und zusätzlich ÖS 15,- fürs Porto des Geschenkversands in den nächsten Tagen mit dem beiliegenden Erlagschein auf das P.S.K. Konto 7547212 ein. Bitte Name und Adresse auf dem Erlagschein und einen Vermerk (Geschenkabo) nicht vergessen.

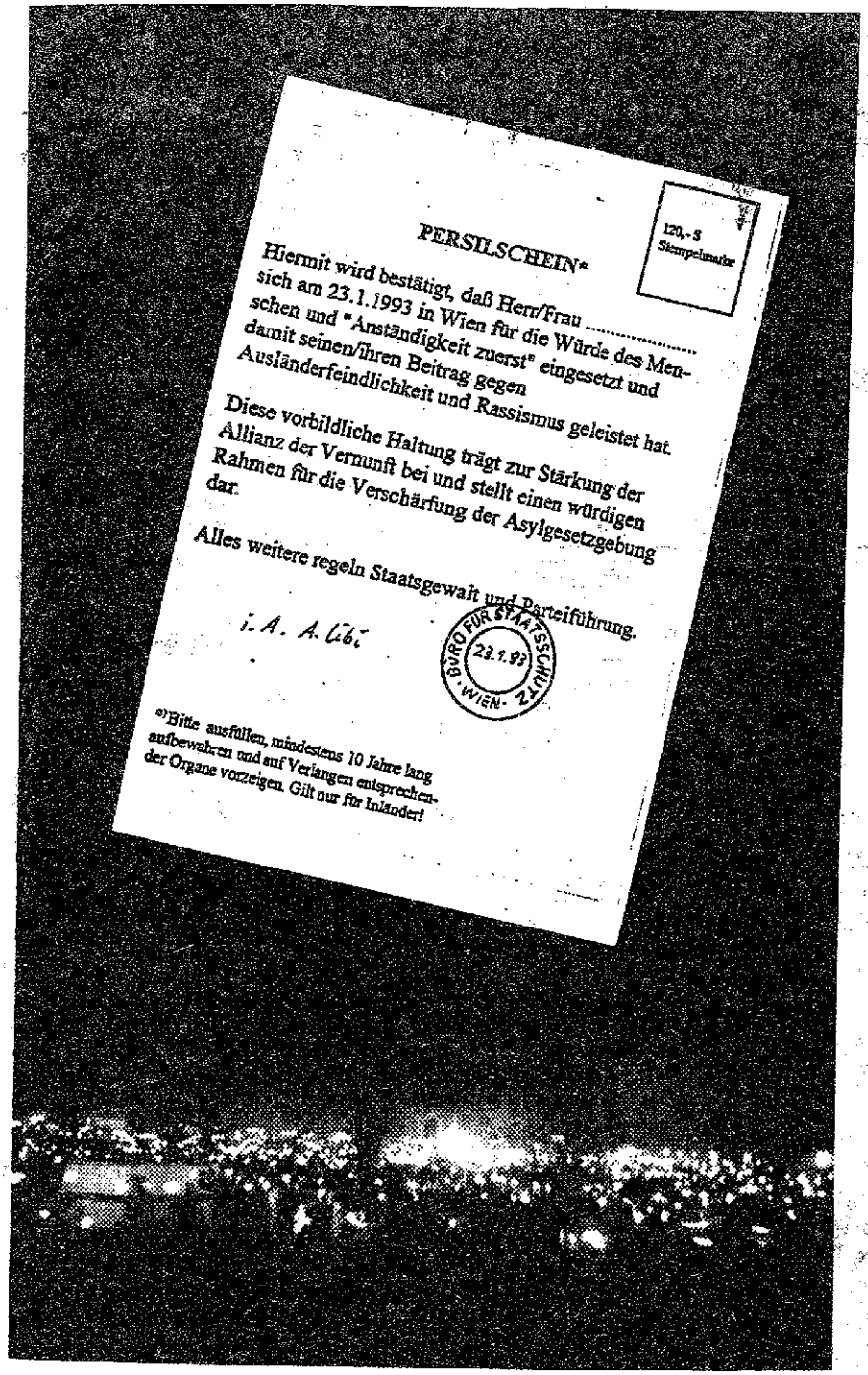
Ich bekomme dafür:

☐ **eines der folgenden Geschenke:**

1. Wahl:

2.Wahl:

Falls beide Geschenke nicht mehr lagernd sind, wird aus dem restlichen Gesamtbestand euer Geschenk verlost.
Ausfüllen, in ein Kuvert stecken, frankieren und an das TATblatt (1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11) senden.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst! Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte bei uns anrufen oder uns schreiben!

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TAT*blatt*, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraussuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TAT*blatt* sein.

Das TAT*blatt* ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

TATblatt-Plenum:
Jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro:
Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

TATblatt-Öffnungszeiten

Dienstag 18 bis 21 Uhr
Donnerstag 12 bis 16 Uhr
Freitag: 15 bis 18 Uhr

TATblatt-Verkaufsstellen

WIEN 1: • BH Kolisch (Rathausstraße 18) • BH Südwind (Kleeblattgasse 4) • BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk R. A. Kream (Kärntnertorpassage — beim U4-Abgang) • BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** • BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** • Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden" (Apostelgasse17) **WIEN 7:** • Platten Why Not (Kirchengasse) **WIEN 8:** • EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) • Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** • BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) • BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) **WIEN 16:** • Beisl CI: Payergasse 14) • Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)
INNSBRUCK: • Am Haven (Innrain 157) • Utopia (Tschamlerstr. 3)
SCHWERTBERG: • Kulturverein KANAL (Joseftal 21)

Änderungen vorbehalten! Stand November 1992

TATblatt-Abo:

einfach beiliegenden Erlagschein ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt eintragen!!!) und einzahlen!
Preise innerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 140,- Öschis
20-Nummern-Abo: 270,- Öschis
außerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 200,- Öschis

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt;
1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 568078
Konto: P.S.K. 7547 212
DVR Nr. 0558371
Druck: Eigendruck
Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. Leserinnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.